

**GEW**

# EuWiS

Dezember 2018 | Januar 2019

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB



**HOCHSCHULEN IM SAARLAND**

**BILDUNG. WEITER DENKEN!**





Thema: Hochschulen im Saarland

04

Editorial 03

**Thema: Hochschulen im Saarland** 04

- 04 Arbeits- und Qualifikationsbedingungen
- 06 Hochschulfinanzierung  
Eine anreizorientierte Betrachtung
- 08 Finanzielle Lage der Universität des Saarlandes und der Studierenden
- 09 Studienangebot und Studienqualität an der Universität des Saarlandes
- 06 Die ewige Nummer zwei  
HTW-Saar

Schule 11

- 11 Quereinsteiger unterrichten besonders häufig in Brennpunktschulen

Aus den Personalräten 12

- 12 Bericht über die landesweite Personalkonferenz

Gewerkschaft 14

- 14 Traditionelles Jahrestreffen  
GEW Ruheständler\_innen in der Bettinger Mühle und auf dem Schaumberg

- 15 Neuer Vorstand der FG Berufliche Schulen gewählt

- 15 Informationstreffen der GEW für Sprachförderlehrkräfte

- 16 Entlastung jetzt!  
Bündnis GemS überreicht Bildungsminister einen Forderungskatalog

- 17 Landesausschuss 2018

- 17 Neuer Vorstand des Landesfrauenausschusses gewählt

- 18 Gedanken zur aktuellen politischen Lage  
Kommentar

- 19 Spätherbst ist vor dem Winter

- 20 GEW für Bildung statt Kinderarbeit  
Projekte unterstützt durch fair childhood

Bücher & Medien 21

- 21 Der verpasste Frühling des Jahrhunderts

Geburtstage & Jubiläen 22

- 22 Dezember 2018
- 22 Schlusswort
- 23 Januar 2019



## Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr  
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr  
 Telefon: 0681 / 66830-0,  
 Telefax: 0681 / 66830-17  
 E-Mail: info@gew-saarland.de  
 Internet: http://www.gew-saarland

## GEW-Service

### Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,  
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

### Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,  
 Tel.: 0681 / 66830-13,  
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de  
 Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter  
 Tel. (priv.): 0170 / 4151006

### Beratung für Referendarinnen und Referendare

Max Hewer, Tel.: 0176 / 30456396  
 E-Mail: m.hewer@gew-saarland.de

### Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Bleimehl  
 Tel.: 0170 / 9655772  
 E-Mail: susannebleimehl@gmail.com

## Redaktionsschluss

07.01.2019  
 (Februar-Ausgabe)

04.02.2019  
 (März-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

## Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,  
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:  
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken  
 Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17  
 info@gew-saarland.de

Redaktion  
 Matthias Römer  
 redaktion@gew-saarland.de  
 Helmut Bieg,  
 Thomas Bock,  
 Dr. Judith Frankhäuser,  
 Anna Haßdenteufel,  
 Helmut Stoll

Anzeigenverwaltung  
 Andreas Sánchez Haselberger  
 a.sanchez@gew-saarland.de

Layout  
 Bärbel Detzen  
 b.detzen@gew-saarland.de

Druck  
 COD Büroservice GmbH  
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken  
 Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis  
 u.a. fotolia.de, privat

Titelfoto  
 fotolia.de/@saravicus

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

für diejenigen von uns, die ein Studium absolviert haben, liegt diese Zeit unterschiedlich lange zurück. Bei weitem nicht alle Saarländer\_innen haben an einer saarländischen Hochschule studiert. Viele sind in andere Städte gegangen – viele sind danach wieder in das geliebte Saarland zurückgekommen. Aber wie sieht es rund um die Hochschullandschaft im Saarland heute aus? Als wir uns in der Redaktion für dieses Thema entschieden haben, war uns schnell klar, dass wir Experten\_innen zu Wort kommen lassen wollen.

So findet ihr u.a. einen Artikel des FG-Vorsitzenden Hochschule und Forschung, Patrik Zeimetz, der einen Überblick über die Arbeits-

und Qualifizierungsbedingungen all derer gibt, die nach dem Studium im Wissenschaftsbetrieb bleiben.

Prof. Dr. Peter-André Alt, seit 1. August 2018 Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, hebt in einer Anzeigenveröffentlichung der Süddeutschen Zeitung vom 10. Oktober 2018 explizit die vier Dimensionen der Hochschulbildung hervor: Fachwissenschaft, Persönlichkeitsbildung, Arbeitsmarktvorbereitung und Befähigung zum gesellschaftlichen Engagement. Ob und wie dem an der UdS Rechnung getragen wird, gehen Lukas Redemann und Julia Bühler, Vorsitzende des AstA der UdS in ihren Artikeln auf den Seiten 8 und 9 nach, für deren Beiträge wir uns an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken.

Mit der Personalstruktur, Problemfeldern und Chancen an der HTW des Saarlandes befasst sich der Artikel von Matthias Römer. Umfangreich fällt in dieser Ausgabe die Rubrik „Gewerkschaft“ aus. Neben Berichten zur ak-

tuellen Arbeit in Fachgruppen und Personalräten, findet ihr eine Zusammenfassung des Landesausschusses der GEW Saarland („kleiner Gewerkschaftstag“) und die sich daran anschließende Frauenvollversammlung. Anempfehlen will ich euch auch die „Gedanken zur politischen Lage“ von unserem Redaktionsmitglied Helmut Bieg, der auf seine unnachahmliche Art den Bogen spannt von den Jahren 1998 bis heute.

Wie immer beendet neben den Glückwünschen für unsere Jubilare das (kritische) Schlusswort von Harald Ley diese Ausgabe. ■

Ich wünsche allen Kollegen\_innen eine spannende Lektüre.  
 Herzlichst  
 Eure

**Anna Haßdenteufel**

ANZEIGE



**COD Büroservice GmbH**  
 Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken  
 Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301  
 print@cod.de www.cod.de



# Arbeits- und Qualifizierungsbedingungen

an deutschen Hochschulen und insbesondere an der Universität des Saarlandes

In den deutschen Hochschulen werden nicht nur Generation um Generation Studierende ausgebildet, sondern auch nach dem Studium geht es für die meisten, die die Hochschulen vorerst nicht verlassen wollen, weiter mit der Qualifizierung. Mit Doktorarbeit und Habilitation oder einer Juniorprofessur nähert man sich Schritt für Schritt dem höchsten der akademischen Ziele: einer Berufung auf eine Professur. Das Problem ist, dass für die Professuren aber nur eine begrenzte Anzahl an Stellen vorhanden sind, die Zahl der qualifizierten Absolventen und Absolventinnen aber wesentlich höher ist. Zudem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Personalstruktur an den Hochschulen verändert. Dauerhafte Stellen jenseits einer Professur sind stetig abgebaut worden.

Die Folge ist zum einen, dass nur ein geringer Teil derjenigen, die nach dem Studium an den Hochschulen im wissenschaftlichen Bereich arbeiten, unbefristete Stellen haben. Nimmt man die Professuren sowie wissenschaftlichen Hilfskräfte aus, so liegt die Quote der befristeten Beschäftigten im sogenannten akademischen Mittelbau an der Universität des Saarlandes bei ca. 85%. Damit steht die Universität im deutschlandweiten Vergleich noch nicht einmal allzu schlecht da. Laut dem Statistischen Bundesamt und Berechnungen der GEW auf Bundesebene war im Jahr 2005 das Verhältnis von unbefristet zu befristet angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern deutschlandweit in Schnitt noch 1 zu 4. Im Jahr 2013 war die Quote schon bei 1 zu 9 – Tendenz weiter fallend.

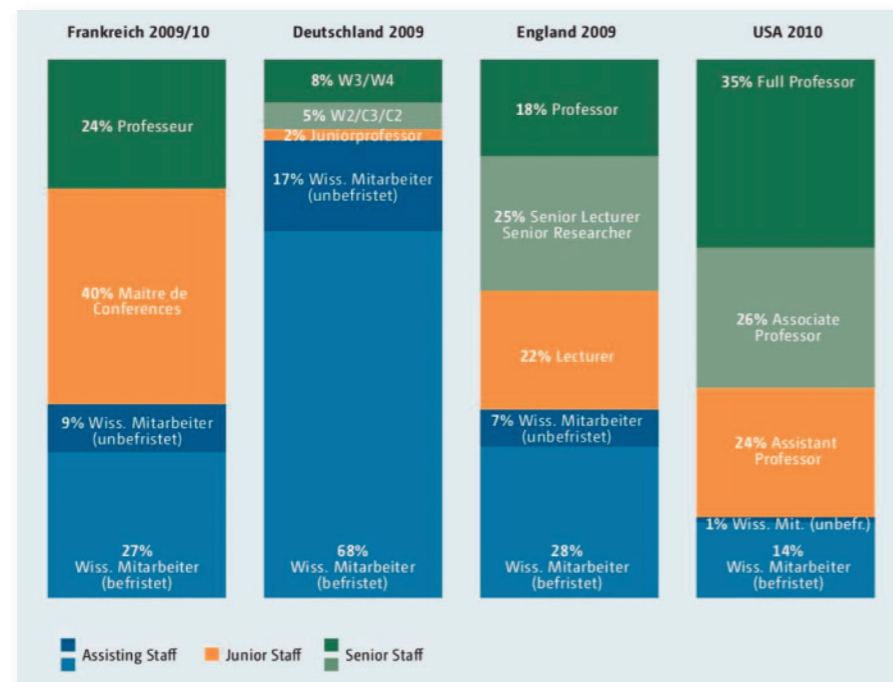
Zum anderen verändert sich damit aber auch die Arbeit in all ihren Facetten. Daueraufgaben in Forschung und Lehre werden zum Großteil von befristet Beschäftigten übernommen. Durch die hohe Personalfuktuation entstehen Reibungsverluste. Nicht zuletzt kommt bei den befristeten Beschäftigten neben der Abhängigkeit von Ihren Vorgesetzten was die Qualifizierung und Benotung angeht auch die Abhängigkeit in Bezug auf Vertragsverlängerungen und das Arbeitsverhältnis allgemein hinzu. Aus diesem Anlass hat der Gesetzgeber im Saarland reagiert und ist im saarländischen Hochschulgesetz der Initiative des Personalrates für das wissenschaftlichen Personal an der UdS gefolgt. So heißt es in §12 Personal: „(3) Die Personalstruktur ist so auszugestalten, dass die Qualität und die Kontinuität der wissenschaftlichen Arbeit in Forschung und Lehre

gesichert sind. Insbesondere ist mit Blick auf dauerhafte Aufgaben in den wissenschaftlichen Bereichen die Anzahl der Dauerstellen in ein angemessenes Verhältnis zu den befristeten Qualifikationsstellen zu bringen und zu halten. Zur Sicherstellung guter Beschäftigungsbedingungen vereinbart die Hochschule mit den Personalräten einen Rahmenkodex.“ Indes zeigt dieser Paragraf in der Realität kaum eine Wirkung.

Dass es auch anders geht, zeigt sich, wenn man die Personalstruktur an Hochschulen in Deutschland in den internationalen Vergleich stellt. Im „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013“ liest man, dass Deutschland sich im internationalen Vergleich durch eine hohe Promotionsquote auszeichnet. In einer EU-weiten Betrachtung entfiel demnach ein Viertel der Promotionen auf Deutschland. Entsprechendes zeigt der Bericht für den Vergleich der Anteile der verschiedenen Kategorien des hauptberuflichen Personals mit denen in England, Frankreich oder den USA. 2009 seien in Deutschland 68 % dieses Personals durch befristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen gestellt worden. In Frankreich seien es in 2009/2010 27 %, in England in 2009 28 % und in den USA in 2010 gerade mal 14 % gewesen. Wir bilden an deutschen Hochschulen also weit über den akademischen Bedarf hinaus aus und nur die

wenigsten dieser Absolventen haben die Chance, dauerhaft im deutschen Wissenschaftssystem zu verbleiben. In der Folge müssen sie in andere Arbeitsmärkte ausweichen. Dort wiederum keimt seitens der Arbeitgeber die Kritik auf, dass unsere Doktorinnen und Doktoren zwar fachlich hervorragend ausgebildet, andere wichtige Kompetenzen, wie etwa Führungs- und Managementkompetenzen, allerdings oft unterentwickelt seien.

Neben der grundlegenden Befristungsproblematik ist der wissenschaftliche Nachwuchs allerdings noch mit anderen Problematiken konfrontiert. Vertragslaufzeiten von im Schnitt 2 Jahren tragen nicht unbedingt zu großer Sicherheit und beruflicher Konstanz bei. Zudem ist in nur wenigen Fachbereichen die Vollzeitbeschäftigung der Normalfall. Stattdessen muss man sich mit Teilzeitstellen (oft nur 50 %) zufriedengeben. Damit aber noch nicht genug. Neben den regulären Beschäftigungsverhältnissen, bei denen man zumindest in den Genuss einer tarifvertraglichen Absicherung, Sozialversicherungen und einer Personalvertretung kommt, finden sich an deutschen Hochschulen noch weitere Kategorien von Personen, die auf die eine oder andere Weise für Arbeit in der Wissenschaft bezahlt werden: wissenschaftliche Hilfskräfte, quasi selbstständige Lehrbeauftragte oder durch Stipendien geförderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leisten meist die



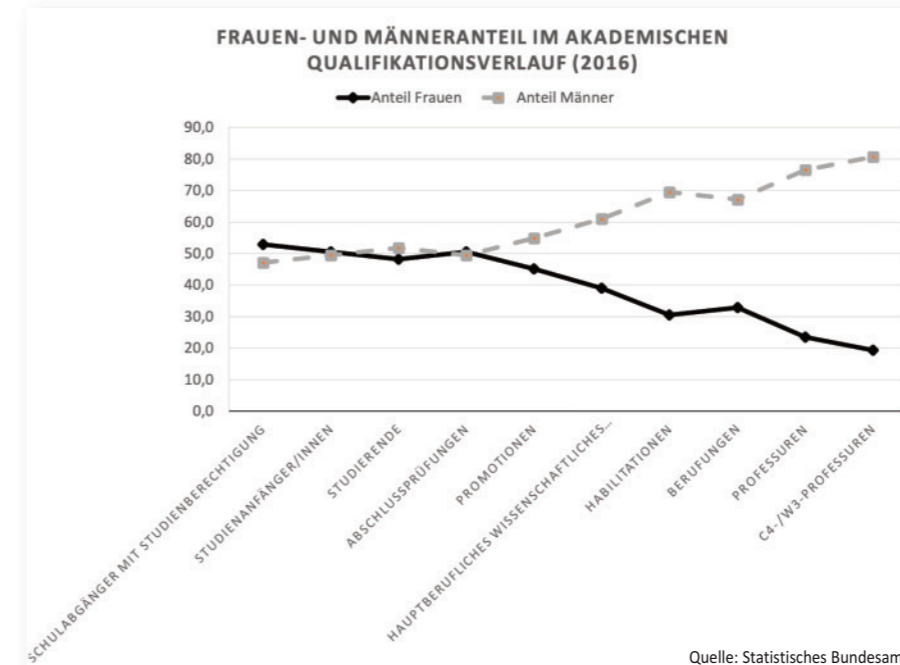
Hauptberufliches wissenschaftliches Personal an Hochschulen in Deutschland, Frankreich, England und den USA, Quelle: Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2013, Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs

gleiche Arbeit wie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, haben aber mit schlechteren Rahmenbedingungen zu kämpfen. Wissenschaftliche Hilfskräfte werden unter Tarif bezahlt und haben generell Teilzeitstellen von höchstens 50 %. Stipendien machen sich zwar auf dem Lebenslauf recht gut, bieten aber keine Sozialversicherung und können im Normalfall auch von der Höhe der Förderung her nicht mit regulären Beschäftigungen konkurrieren. Mit Lehraufträgen kann man sich nur schwerlich über Wasser halten. Man bekommt weder die Vorbereitungszeit noch die Nachbereitungszeit bezahlt und um Sozialversicherung muss man sich auf anderem Wege kümmern. All diese Personenkategorien haben gemeinsam, dass es für sie im Saarland keine Personalvertretung gibt.

Und mit all dem und vor allem der Unsicherheit werden Personen konfrontiert, die

Aussage einer meiner Beratungsfälle geht mir hier nicht aus dem Kopf und hat es auf den Punkt gebracht: „Ich stehe zwischen C4 (damals eine Professorenbesoldung) und Harz IV.“

Das Thema Führungskompetenzen – oder eher deren Mangel – ist weiter oben schon in anderem Kontext angerissen. Auf der akademischen Karriereleiter spielt die Vermittlung dieser Kompetenzen allerdings nur eine sehr nebensächliche Rolle. Auch im Berufungsprozess kommt es eher auf andere Kompetenzen an. Und so wundert es nicht, dass es durchaus vorkommt, dass sich jemand bis ganz nach oben gearbeitet hat, ohne jemals mit diesem Thema in Berührung zu kommen. Als Lehrstuhlinhaber oder Leiter einer Forschungsgruppe trifft man dann aber in verantwortlicher Position auf Angestellte und Mitarbei-



Quelle: Statistisches Bundesamt

sich in einer Lebensphase befinden, in der man zumindest biologisch die besten Voraussetzungen für Familiengründungen hat. Folge sind nicht nur die viel beklagte Fortpflanzungsträgheit von Akademiker\_innen sondern auch eine klare Benachteiligung von Frauen. Die Statistiken zeigen über deutlich, dass beim Frauenanteil die Schere immer weiter auseinanderklafft, je höher der erreichte Abschluss ist.

Doch das ist nicht das einzige zeitliche Phänomen: Je länger man im Wissenschafts- und Hochschulsystem verbleibt, umso schwieriger wird es außerhalb davon beruflich in angemessener Position Fuß zu fassen, sollte man den Sprung in die Professur nicht schaffen. Überqualifikation ist hier das Stichwort. Eine

Bei weitem nicht jede/r kann mit dieser Verantwortung umgehen. Gepaart mit der weiter oben beschriebenen doppelten Abhängigkeit geraten so manche in geradezu verzweifelte Situationen. Aus Angst sucht man sich entweder keine Hilfe und wenn, dann meist viel zu spät. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass hier kein flächendeckendes Problem besteht, sondern dass es sich hier um Einzelfälle handelt. Ich hatte Beratungssituationen bei denen ganze Arbeitsgruppen sich bei mir über Ihre Arbeitssituation beklagt haben, die dann aber sinngemäß endeten: „Das haben wir Ihnen aber nur erzählt, damit es einmal aktenkundig ist. Bitte tun sie nichts bevor wir nicht unseren Abschluss haben.“ Tragisch, dass in solchen Problemzonen nur wenige ihren Abschluss erreichen werden.

Doppelt tragisch, dass man bei Problemen mit Professor\_innen, deren nächster Vorgesetzter zu Zeit der saarländische Ministerpräsident ist, uniintern ohne Unterstützung die Mitarbeiter\_innen nur begrenzt schützen kann.

Man sieht deutlich, dass die Arbeitssituationen und Rahmenbedingungen an Hochschulen ein weites Feld für gewerkschaftliches Engagement bieten. Um aber weiter zu kommen, muss man die Probleme am Kern angehen und nach den Ursachen fragen. Was hat zu diesen Entwicklungen geführt? Was hat sie begünstigt? Woher kommt diese hohe Befristungsrate? Gespräche mit Verantwortlichen sind oftmals nicht sehr freudvoll und führen auch nur begrenzt zum Ziel. Da hört man z.B. solche Aussagen wie: „Unbefristete sind immer so demotiviert, ich habe da schlechte Erfahrungen gemacht.“ oder „Es gibt eben Menschen, die wollen das so und fühlen sich wohl dabei, bis zur Rente immer wieder befristet in spannenden Forschungsprojekten zu arbeiten.“ bis hin zu solch zynischen Aussagen, dass Befristung ein Innovationsmotor sei. Nicht minder zynisch kann man dem mit der Forderung nach genereller Befristung von Professuren begegnen. Der Innovationsschub wäre wohl enorm. Wichtiger und zielführender scheint mir hier zu betrachten, welche Anreize hinter diesen Entwicklungen stecken, oder welche eben fehlen. Ganz plakativ, eindimensional, grob und kurz angedacht: Warum produzieren wir so viele Doktorinnen und Doktoren? Weil damit das Renommee des Doktorvaters oder der Doktorin steigt? Warum werden nicht neben den Professuren mehr dauerhafte Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen? Weil nur die Anzahl der Professuren zum Renommee der Fachrichtung beiträgt?

Insbesondere auf Bundesebene ist die GEW mit Andreas Keller und dem Bundesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung seit Jahren sehr intensiv mit diesen Thematiken beschäftigt. Die regelmäßigen Wissenschaftskonferenzen und die dort produzierten Papiere, wie z.B. das „Templiner Manifest“ oder der „Herrschinger Kodex“ sind richtungweisend und bundesweit viel beachtet. Einige der dort entwickelten Gedanken wurden auch im Saarland von der Fachgruppe Hochschule und Forschung aufgegriffen, umgesetzt oder entsprechende Impulse in der Politik und den Hochschulleitungen gesetzt. Der bereits oben zitierte Passus aus dem saarländischen Hochschulgesetz, der Kodex zum fürsorglichen Umgang mit Beschäftigten, gesetzlich verankerte Mindestvertragslaufzeiten, die Aufhebung des Entfristungstopps an der UdS und die Schaffung neuer Karrierewege in der Wissenschaft jenseits der Professur können hier als Beispiele genannt werden. ■

Patrik Zeimetz



# Hochschulfinanzierung

Eine anreizorientierte Betrachtung

Wenn man den Gedanken aus dem vorherigen Artikel, nämlich das deutsche Hochschulsystem nach dem Gesichtspunkt der Anreizorientierung zu analysieren, konsequent weiter verfolgt, dann bietet der Teilbereich der Hochschulfinanzierung ein lohnendes Feld. Ganz besonders wird das deutlich, wenn vor dem Hintergrund von Sparmaßnahmen, wie sie beispielsweise die saarländischen Hochschulen gerade erleiden müssen, aus den von außen gesetzten Anreizen unerträgliche Konkurrenzsituationen erwachsen. In diesen ist unter anderem auch die finanzielle Ausstattung der konkurrierenden Hochschulen über Erfolg und Misserfolg ausschlaggebend. Man versucht hier die Gesetze des freien Marktes in einem Gebiet anzuwenden, bei dem doch wesentlich die akademische Freiheit, das „den Kopf frei von Zwängen und Drücken“-Haben für den Erfolg des Systems stehen. Ein Kollege bringt die Thematik immer passend auf den Punkt: „Welche Erfolgsaussichten hätte ein Einstein in der heutigen Forschungslandschaft in Deutschland gehabt?“ Es ist eine gute Übung, wenn sich der geneigte Leser die Antwort selbst überlegt und dabei nicht ausser Acht lässt, dass ein System, das lediglich wirtschaftliche Anreize setzt und in dem sich die Qualitätsstandards an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit des Produktes Forschung orientieren, zwangsläufig Ergebnisse produziert, die im wissenschaftlichen Mainstream liegen und somit aussergewöhnliche Denkansätze sogleich ausgefiltert werden. Dem geneigten Leser sei aber noch eine weitere Aufgabe aufgegeben: Warum landet man beim Thema Hochschulfinanzierung zwangsläufig und direktemang beim Thema Forschung und verliert zunächst die Lehre völlig aus dem Blickfeld?

Begibt man sich vor Ort an die deutschen Hochschulen, spricht man mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, den Studierenden, macht man die Augen auf und beäugt die bauliche Situation, die Ausstattung in zentralen Bereichen, die zentrale Infrastruktur, das Lehrangebot, die Dienstleistungen rund um Lehre, Studium und Forschung, so stellt man schnell fest, dass die Länder, und vor allem diejenigen in finanziellen Notlagen, mit der Finanzierung der Hochschulen völlig überfordert sind. Im Bildungsbereich auf Bundesebene hingegen herrscht stetig Überfluss. Ein weiterer Überfluss wird in den Geldbörsen der Studierenden, deren Eltern oder Großeltern vermutet - womit die Idee der Studiengebühren, ob offen

oder getarnt als Verwaltungsgebühren, geboren wäre. Die Idee mit den Studiengebühren hat ja politisch irgendwie nicht geklappt. Dann versucht man den erneuten Einstieg eben mit einer Umetikettierung. Fakt ist: die Länder haben kein Geld und der Bund hat es. Andererseits wollen sich die Länder aber auch nicht in die Bildungshoheit hineinregieren lassen. Wahrscheinlich käme der Bund ja auf die Idee seine Gelder zweckgebunden zu vergeben und somit die Marschrichtung vorzugeben? Also gibt es das sogenannte Kooperationsverbot, das es dem Bund verbietet Hochschulen direkt zu finanzieren und die Grundfinanzierungen, also das, was einem „den Kopf frei von Zwängen und Drücken“ hält, zu stärken. Im Vergleich zu den anderen Bildungshaushalten ist man in der Hochschulfinanzierung aber einen guten Schritt weiter – ob auch mit gutem Ergebnis, sei einmal dahin gestellt. Es ist dem Bund erlaubt, durch befristete Finanzierungen Projekte, Initiativen (sogar exzellente), Kollegs, Sonderforschungsbereiche und Ähnliches zu finanzieren. Und somit ist eine weitere Idee geboren: die Drittmittelfinanzierung.

An dieser Stelle muss dringend mit einem gängigen Gerücht aufgeräumt werden: Drittmittel heißt nicht zwangsläufig, dass die Gelder auch wirklich aus den Händen und Börsen Dritter kommen. Es gibt zwar einen Anteil an Finanzierungen, bei denen tatsächlich Dritte, beispielsweise Partner aus der Wirtschaft und Industrie Forschung fördern – natürlich mit einem gesunden und gerechtfertigten Maß an Eigeninteresse. Die meisten dieser Drittmittel stammen aber - ob direkt oder indirekt – vom Staat, also vom Steuerzahler. Dieser bestimmt aber natürlich nicht, wie diese Gelder vergeben werden. Er könnte ja auf die Idee kommen, damit die Studienbedingungen zu verbessern. Drittmittel sind als Mittel, die – zumeist aus dem Säckel des Steuerzahlers stammend – zweck- und an einen bestimmten Forschungsauftrag gebunden an Hochschulen und Forscher\_innengruppen vergeben werden. Und zwar nachdem diese entsprechende Anträge erstellt und in hoch kompetitive Verfahren eingefüttert haben. Die Vergabe der Mittel erfolgt dann durch Kommissionen, Räte oder Expertinnengruppen. Man möge an dieser Stelle meinen durchaus zynischen Ton verzeihen. Gerade ist mir ein Begriff eingefallen, der mittlerweile an der einen oder anderen Stelle zu hören ist: „Vorforscht“. Das bedeutet, dass ein Wissenschaftler eine Idee verfolgt -



bestimmten Zahl an Studienanfänger\_innen pro Studienanfänger\_in einen bestimmten Betrag zuschießt. Also landet man doch irgendwann beim Thema Studium und Lehre (man erinnere sich an die Übungsaufgabe 2). Diese Vergabemethode hat allerdings den gravierenden Haken, dass sie völlig falsche Anreize für die Hochschulen setzt. Die

und damit Gelder verpulvert - hat, die nicht zum Erfolg führte. Wahrscheinlich gibt es demnächst auf dem Markt sogenannte „Versicherungsversicherungen“ mit denen sich die Forscher absichern können, falls sie die Erwartungen von Drittmittelgebern – also dem Steuerzahler, also uns, obwohl nicht bei der Formulierung der Erwartungen einbezogen – nicht erfüllen konnten.

Fakt ist, dass Drittmittelfinanzierungen bisher immer zeitlich befristet waren und dass sie in hoch kompetitiven Verfahren vergeben werden, was zumindest bedeutet, dass man sich über Ausgang und Erfolg nicht ganz sicher sein kann. Die Mittel sind also nicht geeignet, dauerhafte Strukturen aufzubauen. Aber gerade dies brauchen die deutschen Hochschulen: Eine Stärkung und einen Ausbau der dauerhaften Strukturen, um letztendlich auch Reibungsverluste durch ständige Fluktuation zu vermeiden und effiziente Prozesse dauerhaft etablieren zu können. Die Problematik der Drittmittel ist also an dieser Stelle identifiziert: Die Schaffung völlig falscher Anreize und die mangelnde Eignung zur Schaffung dauerhafter Strukturen und Infrastrukturen.

Drittmittel sind aber nicht die einzige Möglichkeit, die es dem Bund gestattet, sich in die Hochschulfinanzierung der Länder einzumischen. Es gibt ebenso den sogenannten Hochschulpakt. Stark vereinfacht bedeutet dies, dass der Bund ab dem Erreichen einer

Hochschulen sind natürlich daran interessiert, sich diese Gelder nicht durch die Lappen gehen zu lassen. Also versuchen sie so viele Studierende wie möglich zu gewinnen. Ob diese dann auch zum Erfolg kommen und ihren Abschluss in erträglicher Zeit machen oder ob sie gar abbrechen, spielt keine Rolle. An dieser Stelle müssen die Modalitäten dringend nachgebessert werden. Es müssen neben den rein quantitativen Kriterien auch qualitative zur Anwendung kommen. Zudem zeigt sich auch hier der gleiche Nachteil wie bei den Drittmitteln. Diese Mittel treffen nicht sicher und nicht in berechenbarer Höhe ein. Sie eignen sich also wiederum nicht dazu, stetige Strukturen aufzubauen. Hier könnten beispielsweise verstärkt Lehrkräfte für besondere Aufgaben oder ganze Lehrstäbe zum Einsatz kommen.

Die wichtigsten Gedanken und Forderungen möchte ich an dieser Stelle zusammenfassen: Durch Abschaffung des Kooperationsverbotes muss es dem Bund möglich werden, die Hochschulen bei der Schaffung verlässlicher, effizienter und dauerhafter Strukturen und Infrastrukturen zu unterstützen. Die Drittmittelförderung mit ihren Vergabemodalitäten

schafft durch übersteigerte Wettbewerbsfähigkeit ungünstige Bedingungen für freie Forschung und lässt insbesondere vor dem Hintergrund von Sparszenarien wie hier im Saarland den internen Druck bis über die Grenzen wachsen. Im Bereich Studium und Lehre fehlen hingegen sinnvolle Anreizsysteme völlig. An diesen Stellen muss dringend nachgebessert werden. Ansonsten wird sich der durch völlige Fehlsteuerungen vorgezeichnete Weg im deutschen Hochschulsystem nicht korrigieren lassen. ■



**Patrik Zeimetz**  
Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand,  
Vorstandsbereich Hochschule und Forschung

ANZEIGE

## Gegen Homophobie an saarländischen Schulen

# LSVD-AUFKLÄRUNGS-WORKSHOPS

LSVD Schule ist ein Projekt junger Lesben und Schwuler, die als ausgebildete Teamer\*innen auch an Ihre Schule kommen.

Ab Klassenstufe 7 in allen Schulformen.

Seien Sie mit dabei und stärken Sie unsere Menschenrechte.

**Landesverband Saar**

**INFOS & ANFRAGEN:**  
Tel.: 06 81 / 39 88 33  
info@checkpoint-sb.de  
www.lsvdschule.de



# Finanzielle Lage der Universität des Saarlandes und der Studierenden

## Sparmaßnahmen und die finanzielle Auswirkung auf die Studierendenschaft der UdS

An unserer Universität studieren und lehren die unterschiedlichsten Menschen, kaum eine Hochschule ist so vielfältig wie die Saar-Uni. Und trotzdem verbindet ein Thema alle: die finanzielle Lage der Universität. Egal ob man Dozent, Mitarbeiterin oder Studierender ist, allen ist klar, dass es finanziell nicht gut um unsere Universität steht. Das Saarland ist eines der ärmsten Bundesländer Deutschlands und das wirkt sich auch direkt auf die Uni aus. Aktuell leidet die Uni unter den enormen Sparmaßnahmen des Landes, was an vielen verschiedenen Stellen deutlich zu sehen ist. Angefangen mit maroden, baufälligen Gebäuden über Stellenabbau bis hin zu sinkendem Lehrangebot. Es mussten Sparmaßnahmen ergriffen werden, die nicht einfach rückgängig gemacht werden können. Zum Beispiel wurden ganze Fachbereiche wie die Slavistik komplett geschlossen und viele Gebäude sind so heruntergekommen, dass sie kaum noch für den Lehrbetrieb genutzt werden können.

Parallel dazu gestaltet sich die finanzielle Lage der Studierenden mindestens genauso schwierig. Schon lange ist bekannt, dass der BAföG-Satz viel zu gering ist. Wir sagen: in Deutschland sollte niemandem ein Hochschulzugang aufgrund der persönlichen finanziellen Lage verwehrt bleiben. Aktuell weicht hier die Theorie aber leider von der Praxis ab. Gerade junge Menschen aus finanziell schwachen Familien haben es bereits beim Aufnehmen eines Studiums schwer: ein Laptop muss her, die Ersteinrichtung des WG-Zimmers muss bezahlt werden und da ist auch noch der Semesterbeitrag von 277€. Wer ihn nicht bei der Einschreibung bezahlen kann, dem bleibt ein Studium verwehrt. Finanzielle Unterstützung gibt es zwar, aber kaum vor der Aufnah-

me des Studiums. BAföG bekommt man erst während des Studiums und auch bei den zahlreichen Hilfsfonds (z.B. vom International Office, dem Studentenwerk und dem AstA) kann ein Antrag nur mit Vorlage der Immatrikulationsbescheinigung gestellt werden. Und auch dort muss eine „akute finanzielle Notlage“ vorliegen – Menschen in einer dauerhaft schwierigen finanziellen Situation bleibt oft nur die Aufnahme eines Studienkredits, weil das BAföG meist nicht ausreicht. Dass die Politik nun angekündigt hat, unter anderem die Mietpauschale von 250€ (wofür man fast nirgendwo in Deutschland eine Warmmiete zahlen kann) zu erhöhen, kommt viel zu spät und geht bei weitem nicht weit genug. Will man wirklich jedem ein Studium ermöglichen, so muss nicht nur elternunabhängiges BAföG geschaffen werden, sondern auch die Bindung an die Regelstudienzeit abgeschafft werden.

Doch wie hängen die finanzielle Lage von Universität und Studierenden zusammen? Ganz deutlich macht das die zum jetzigen Wintersemester eingeführte Verwaltungsgebühr in Höhe von 50€, mit der die Universität „Mehreinnahmen generieren“ will, um weitere Einsparungen zu vermeiden. Hintergrund ist die Drohung der Landesregierung, Finanzzusagen ab 2020 nur im Falle der Einführung der Verwaltungsgebühr zu machen. Getreu dem Motto: „Holt euch erstmal das Geld anderswo, bevor ihr uns um Geld bittet!“ Dass diese 50€ eine erhebliche Mehrbelastung für den Geldbeutel von (angehenden) Studierenden bedeutet, nimmt die Landesregierung und letztendlich auch das Präsidium in Kauf. Doch auch auf anderer Ebene müssen die Studierenden tiefer in die Taschen greifen: Eine finanziell stärker aufgestellte Universität hätte

mehr studentische Freiräume, würde das Ausleihen von Laptops ermöglichen oder könnte Arbeiterkinder stärker unterstützen. Das würde Studierende in ihren Ausgaben ebenfalls deutlich entlasten.

Darüber hinaus müssen die Studierenden auch beim Essen immer tiefer in die Tasche greifen: eine Essenspreiserhöhung überraschte zu Beginn der Vorlesungszeit die regelmäßigen Mensabesucher. Denn auch das Studentenwerk e.V. leidet unter den Sparmaßnahmen der Landesregierung, knapp eine Million Euro weniger als noch vor den Spardiktaten hat es zur Zeit zur Verfügung. Das wirkt sich beispielsweise auch auf den Sozialbeitrag aus, den die Studierenden als Teil des Semesterbeitrags überweisen. Dieser steigt stetig an, weil die Instandhaltung der Wohnheime und eventuelle Neubauten Unsummen verschlingen.

Es zeigt sich also: Bildung steht noch lange nicht allen zur Verfügung. Die finanzielle Stärkung der Universität würde daran in jedem Falle etwas ändern – zuallererst könnte man dann nämlich die 50€ Verwaltungsgebühr wieder abschaffen. ■



**Judith Bühler**  
Vorsitzende des 65.  
AstA Universität des  
Saarlandes

Fotos: Judith Bühler, Lukas Redemann

### Zur Person:

**Judith Bühler** studiert Wirtschaft und Recht, ist Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses und kümmert sich dort unter anderem um den Bereich Studienfinanzierung. Um die finanzielle Lage der Studierenden zu verbessern, organisiert sie z.B. einen Runden Tisch zum Thema Studienfinanzierung oder kostenlose Steuerorientierungsgespräche für Studierende.

**Lukas Redemann** ist Student der Französischen Kulturwissenschaft und Interkultureller Kommunikation und Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses (AstA), wo er insbesondere für den Bereich Studienqualität zuständig ist. Er schreibt gerade seine Bachelorarbeit über die Bedeutung indigener Sprachen in afrikanischen Medienkulturen.



# Studienangebot und Studienqualität an der Universität des Saarlandes

Die Universität des Saarlandes (UdS) ist nicht nur Heimatuniversität, sondern auch die einzige Universität des Saarlandes. Dass sich das auch im Studienangebot niederschlägt, zeigt die Vielzahl an Fächern: Neben der Lehrer\_innenausbildung und den „Massen“-Fächern Jura, BWL und punktet die UdS mit bundesweit zum Teil einzigartigen Studiengängen im Bachelor wie Cybersicherheit, Historisch orientierte Kulturwissenschaften oder Französische Kulturwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation. Besonders beliebt und deutschlandweit bekannt sind unsere deutsch-französischen Abschlüsse, z.B. in Jura am Centre Juridique Franco-Allemand, im Studiengang „Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kooperation und Kommunikation“ oder im Bereich der Materialwissenschaften an der École Européenne d'Ingénieurs en Génie des Matériaux (EEIGM).

Die Nähe zu Frankreich prägt also auch das Studienangebot deutlich: die enge Zusammenarbeit mit der Deutsch-Französischen Hochschule, die auch an der HTW ein festes Standbein hat, ist eine enorme Bereicherung für die gesamte Universität. Im Zuge der aktuellen Herausforderungen in der Bewerbung um eine Europa-Universität wird diesen Studiengängen eine zentrale Bedeutung beigemessen. Auch unsere trinationalen Studiengänge, z.B. der Master Border Studies, sind ein Paradebeispiel für ein innovatives Studienangebot im Bereich Europa. Eindeutiger Schwerpunkt der Universität ist und bleibt aber der Bereich IT: die Informatik mit ihrer exzellenten Vernetzung zu den Forschungsinstituten am Campus (DFKI, Max-Planck, CISP) kann trotz des Rückschlags bei der Exzellenzinitiative weiter mit herausragender Forschung und Lehre bei den Studierenden punkten.

Doch es ist nicht alles perfekt am Campus Saarbrücken. Nach der Schließung mehrerer Fächer durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung haben besonders die Geisteswissenschaften stark gelitten: die Fachrichtung Slavistik, letzte Bastion der Osteuropaforschung der Region, musste dicht machen – nachdem zuvor schon die Skandinavistik in Saarbrücken eingestampft wurde. Auch die Dolmetschstudiengänge, die am hiesigen Institut weit über Deutschland hinaus bekannt waren (in ganz Deutschland kann man Konferenzdolmetschen nur an vier Universitäten studieren), sind passé. Doch auch dort, wo nicht gleich ganze Fächer gestrichen wur-

den, haben die Fachrichtungen herbe Einschnitte erleiden müssen: gerade jetzt wird vielerorts deutlich, dass Lehrpersonal fehlt und die Betreuungsrelation immer schlechter wird, weil Professuren wegen der Sparmaßnahmen nicht nachbesetzt werden. Darunter leiden fächerübergreifend nahezu alle Fachbereiche. Die Anzahl der Bachelorarbeiten, die von einer Person betreut werden müssen, ist zum Teil nicht mehr vertretbar – da ist die gesetzlich vorgeschriebene Frist zur Bewertung der Arbeit kaum noch einzuhalten. Hinzu kommt der Mangel an Soziologie und Politikwissenschaften, der von vielen Studierenden beklagt wird. Eine Veranstaltung des AstA zur Einführung in Karl Marx' Denken mit über 100 Teilnehmer\_innen zeigt, wie hoch das Interesse in diesem Bereich ist und dass die Universität gut daran täte, diese Fachbereiche wieder einzurichten.

Im Bereich Studienqualität fehlt es vor allem an einem: an studentischen Lern- und Arbeitsräumen. Die Raumsituation kann zweifelsohne als prekär bezeichnet werden. Nachdem das Gebäude C5.2 aufgrund von Brandschutzmängeln geschlossen werden musste, haben wir von der Studierendenschaft gemeinsam mit dem Studentenwerk und dem International Office das FORUM international im ehemaligen Canossa als studentischen Freiraum eingerichtet, der am 5. November seine Türen öffnete. Gerade im Winter gibt es außer dem FORUM kaum eine Möglichkeit, ohne Konsumzwang an Projekten zu arbeiten, zu lesen oder sich zwischen zwei Kursen zu entspannen. Dass aber genau diese Abwechslung wichtig ist und genug Pausen im Studium für einen gesunden Tagesrhythmus notwendig sind, steht außer Frage. Auch die Möglichkeit, moderne Lehr- und Lernformen zu nutzen, wird leider bisher nur von wenigen Professor\_innen genutzt. Die Digitalisierung der Lehre ist DAS Projekt der kommenden Jahre im Bereich Studienqualität.

Doch es gibt auch vieles im Bereich Studienqualität, was richtig gut läuft: das Qualitätsmanagement an unserer Universität ist beispielhaft und kann als Vorbild für andere Universitäten gelten. Studierende haben ein enormes Mitspracherecht bei Veränderungen an Prüfungs- und Studienordnungen und das Referat für Studienqualität des AstA steht in engem Kontakt zum Qualitätsbüro und steht Studierenden mit Anrechnungsfragen, Nachschreibklausuren und Anwesenheitspflichten

mit Rat und Tat zur Seite. Im Verbundprojekt „Quality Audit“ tauschen sich Universitäten bundesweit über Möglichkeiten zur Verbesserung der Lehre aus, wo auch Studierende mitreden können. Zurzeit erarbeiten wir die Reduzierung von Abmeldefristen und unterstützen die Universität bei der Systemakkreditierung, kurz gesagt: der Bescheinigung über die Qualität ihrer Studiengänge. Bei der Einführung neuer Studiengänge sind Studierende maßgeblich an der Konzeption mitbeteiligt und bereits bestehende werden stets von uns auf Herz und Nieren überprüft.

Sieht man also von Fragen der Anwesenheitspflicht, die immer noch ein Ärgernis in vielen Studiengängen ist, und der Raumsituation einmal ab, kann das Studium an der UdS mit einer hohen Studienqualität punkten. Im Herzen des Saarbrücker Stadtwaldes mit einer Landesbibliothek, die einen gewaltigen Wissensschatz beherbergt, lässt es sich bei all den kleinen Macken wirklich gut studieren – und an den kleinen Macken sind wir dran! ■



**Lukas Redemann**  
AstA-Vorsitz und Referent für Studienqualität der Universität des Saarlandes

ANZEIGE

**BESTELLEN SIE DAS FOTOBUCH 2017 UND UNTERSTÜTZEN SIE DIE PRESSEFREIHEIT!**



**REPORTER OHNE GRENZEN**  
Unterstützen Sie uns und bestellen Sie Fotos für die Pressefreiheit 2017 (16 € inkl. Versand) online.  
Mit den Verkaufserlösen finanziert Reporter ohne Grenzen Anwaltskosten, medizinische Hilfe und Öffentlichkeitsarbeit für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.  
[WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE](http://WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE)



# Die ewige Nummer zwei

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW-Saar): Ihre Personalstruktur, ihre Problemfelder, ihre Chancen

Geht es im Saarland um das Thema Hochschule, so steht die Universität des Saarlandes, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, immer auf Platz 1. Sie dominiert die Hochschuleseite in der örtlichen Zeitung und auch im öffentlichen Diskurs zu den Sparmaßnahmen der Landesregierung nahmen die Probleme der UdS einen weit größeren Raum ein, als die Probleme der HTW-Saar. Einzig der sich wegen Brandschutzproblemen gefühlt ewig verzögernde Bezug des neuen Hochhauses an der Malstatter Brücke sicherte der HTW im vergangenen Jahr mediale Aufmerksamkeit, die sie so nicht gewohnt ist. Doch die vermeintliche Nummer zwei im Konzert der Hochschulen ist in vielen Bereichen die Nummer eins und so lohnt es sich, etwas genauer hinzuschauen, was die HTW eigentlich zu bieten hat und welche Problemfelder sich an der Hochschule für Technik und Wirtschaft auf-tun.

Mit knapp 6.000 Studierenden erreicht die HTW gut ein Drittel der Zahlen der Universität. Rund 70 % der Studierenden sind Landeskinder, ca. ein Sechstel entfällt auf Studierende aus dem Ausland. Dabei stellen die Ingenieurwissenschaften mit ca. 2.200, bzw. die Wirtschaftswissenschaften mit ca. 2.400 das Gros der Studierenden. Die Sozialwissenschaften, die durch die 2008 eingegliederten Katholischen Fachhochschule einen wesentlichen Schub erfuhren, umfassen ca. 800 Studierende. Hier wirkt die Akademisierung sozialer Berufe sehr nachhaltig auf das Wachstum der Studierendenzahlen in diesem Bereich. Erwähnenswert ist das große internationale Studienangebot mit mehr als 20 internationalen Doppelabschlüssen.

Die Nachfrage nach den Studienplätzen der HTW ist unterschiedlich verteilt. Aufmerksamkeit erregt immer wieder der hohe Bewerberandrang im Studiengang Soziale Arbeit – Pädagogik der Kindheit. Aufgrund der Zahlen wäre eine Expansion der HTW möglich, allerdings sind die vorhandenen Räumlichkeiten und Ressourcen nicht dafür geeignet. So befinden sich trotz des umgebauten ehemaligen Gesundheitsamtes immer noch einzelne Institutionen in Göttingen. Weitere stark nachgefragte Studiengänge sind BWL und Wirtschaftsingenieurwesen. Ein Beleg für die hohe Nachfrage ist die im Saarland und speziell an der HTW im Bundesvergleich eher überdurchschnittlich hohe NC-Quote. Die Absolventenzahlen der HTW sind im Landesvergleich ebenfalls überdurchschnittlich. Im Prüfungsjahr 2017 konnten rund 1.100 Ab-

schlüsse erzielt werden, während es an der Universität nur knapp 2.200, also verhältnismäßig weniger waren (ohne Promotionen).

Die Struktur der Beschäftigten betreffend, unterscheidet sich die HTW deutlich von den anderen Hochschulen. Das liegt zum einen daran, dass der klassische Mittelbau andere Strukturen hat, bzw. gar nicht in der Form wie an der Universität existiert. Neben den 138 Professorinnen und Professoren stemmen vor allem die ca. 75 Lehrkräfte für besondere Aufgaben die Lehre an der HTW. Diese zählen zu hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal. Sie haben ein deutlich höheres Lehrdeputat als die entsprechenden Beschäftigten an der Universität. Da an der HTW auch keine direkte Möglichkeit der Promotion besteht, kann davon ausgegangen werden, dass die meisten dieser Lehrkräfte nebenbei keine Weiterqualifizierung anstreben, wozu auch angesichts des Lehrdeputats die Zeit fehlen dürfte. Die Anzahl der Beschäftigten ist in den letzten fünf Jahren stetig aber nur leicht gestiegen.

Überdies deckt die HTW einen großen Bereich der Lehre mit Lehrbeauftragten ab. Laut der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Astrid Schramm (Die Linke), waren an der HTW im Sommersemester 2018 216 Lehrbeauftragte eingesetzt. Diese haben ein Lehrangebot im Umfang von 628 Semesterwochenstunden abgedeckt. Dies entsprach ca. 17% der gesamten curricularen Lehre. Mit Vergütungen zwischen 22 und 34 Euro pro gehaltene Vorlesungsstunde, bewegt sich die HTW im gewohnten Rahmen, der aber seit jeher als zu niedrig gilt. Über die Anzahl der befristet beschäftigten liegen uns keine Zahlen vor. Unterstützt wird die Arbeit in der Lehre und in der Forschung überdies von ca. 70 wissenschaftlichen Hilfskräften sowie ca. 150 studentischen Hilfskräften.

Eine Besonderheit der HTW ist die FITT (Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes) gGmbH. Bei dieser handelt es sich um eine Einrichtung, an der die HTW zu rund einem Drittel beteiligt ist. Aktuell hat die FITT gGmbH 100 Beschäftigte, davon sind 86 in wissenschaftlichen Projekten tätig. Die FITT gGmbH unterliegt keinem Tarifvertrag. Da viele Beschäftigte jedoch in öffentlich geförderten Projekten tätig sind, bei denen das Bessertellungsverbot einzuhalten ist, orientiert sich die FITT gGmbH in der Entlohnung aller Beschäftigten an entsprechenden Tarifverträgen, in der Regel dem TVL. Über einen eigenen Betriebsrat verfügt die FITT gGmbH nicht.

In der FITT gGmbH manifestiert sich eine Stärke der HTW, ihr enger Kontakt zur Wirtschaft und die hohe Drittmitteleinwerbungen. So stammen ca. 25 % des Gesamtbudgets der Hochschule aus Drittmitteleinwerbungen. Die HTW sagt von sich selbst, dass ein Transfer der Forschungsergebnisse in die Unternehmen der Region dazu beiträgt deren Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Die HTW war immer eine Option für Landeskinder, vor allem aus nichtakademischen Haushalten oder auch mit einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung und sie begreift sich auch als die Hochschule, die vornehmlich – zumindest in den Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften – für die heimische Industrie ausbildet. Inwieweit die Industrie einen Einfluss auf die Curricula hat, lässt sich nicht zweifelsfrei klären, allerdings ist eine gewisse Wirkungskraft aufgrund der Nähe zur Wirtschaft zu vermuten.

Stellt man das wissenschaftliche Personal der beiden größten Hochschulen gegenüber, so ist bemerkenswert, dass die HTW mit rund einem Sechstel der im wissenschaftlichen Bereich Beschäftigten der Universität eine verhältnismäßig höhere Zahl von Studierenden betreut. Ein guter Indikator für die hohe Belastung durch die Lehre, die für einige wissenschaftliche Mitarbeiter vorhanden ist.

Die HTW steht in Konkurrenz zu anderen Hochschulen mit einem ähnlichen Angebot in der Region, zu nennen sind vor allem Zweibrücken als Standort der Hochschule Kaiserslautern und auch Kaiserslautern selbst wie auch die Hochschule Trier. Laut der Saarbrücker Zeitung vom 02. Oktober meistert sie diese Konkurrenzsituation mit einer schlechteren Finanzausstattung pro einzelne Studierende. Hier bildet die HTW im Konzert der Hochschulen im Saarland keine Ausnahme. Auch sie ist unterfinanziert und leidet unter dem Sparkurs der Landesregierung, wie so viele andere Institutionen auch. ■



Matthias Römer

# Quereinsteiger unterrichten besonders häufig an Brennpunktschulen



Der Lehrermangel spitzt sich zu. Deshalb entwickelt sich der Quereinstieg in den Lehrerberuf immer stärker von der Ausnahme zur Regel. Quereinsteiger arbeiten besonders häufig an Brennpunktschulen, wie erstmals eine Studie für das Bundesland Berlin aufgezeigt.

## Damit benachteiligte Jugendliche nicht besonders unter dem Lehrermangel leiden, ist besondere Unterstützung für ihre Schulen gefragt.

Die Zahl der Quer- und Seiteneinsteiger an Berliner Grundschulen steigt stark. Zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2018/2019 verfügte nur ein Achtel aller neu eingestellten Lehrkräfte über einen Abschluss im Lehramt für die Grundschule. Damit spitzt sich eine Entwicklung weiter zu, die sich bereits in den beiden vorausgehenden Schuljahren abgezeichnet hatte. Waren im Schuljahr 2016/2017 noch 4,3 Prozent (insgesamt 506) aller Lehrkräfte an Grundschulen Quereinsteiger, so waren es im Jahr darauf bereits 6,5 Prozent (insgesamt 781). Dies entspricht einer Zunahme um gut die Hälfte in einem Jahr. In Zeiten des Lehrermangels wird damit aus einer Ausnahme zunehmend der Normalfall: Arbeiteten 2016 in fast jedem dritten Grundschulkollegium nur vollausgebildete Lehrkräfte, galt dies ein Jahr später nur noch für gut ein Sechstel aller Grundschulen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bildungsforscher Dirk Richter,

Alexandra Marx und Dirk Zorn für die Bertelsmann Stiftung.

Quereinsteiger verteilen sich demnach ungleich auf Grundschulen. Wie viele Quereinsteiger an einer Schule sind, hängt stark davon ab, wie viele Kinder aus armen Haushalten diese Grundschule besuchen. Gemessen wird dies am Anteil der Kinder mit Lernmittelbefreiung. An Brennpunktschulen unterrichten doppelt so viele Quereinsteiger wie an Schulen mit vielen Kindern aus finanziell besser gestellten Familien. Schulen mit einem niedrigen Anteil von Kindern mit Lernmittelbefreiung hatten im Schuljahr 2016/2017 so im Schnitt nur 3,1 Prozent Quereinsteiger, Schulen mit vielen Kindern aus ärmeren Haushalten hingegen 6,7 Prozent.

Mit der steigenden Zahl an Quereinsteigern im Schuljahr 2017/2018 bleibt die Kluft zwischen armen und reichen Schulen erhalten: Machten an Schulen mit besser gestellten Kindern Quereinsteiger fünf Prozent der Kollegien aus, lag ihr Anteil an Schulen mit finanziell schlechter gestellten Kindern sogar bei knapp zehn Prozent.

Dass ausgerechnet Brennpunktschulen besonders viele Quereinsteiger beschäftigen, verschärft die dort ohnehin anspruchsvolle Situation zusätzlich. "Je mehr Quereinsteiger an eine Schule kommen, desto größer ist der Aufwand für die erfahrenen Kollegen, diese ans Unterrichten heranzuführen", so Dräger. Zumal der Berufseinstieg an Schulen in schwieriger Lage für Quereinsteiger ohnehin herausfordernder sei als an Schulen mit privilegierter Schülerschaft.

## Brennpunktschulen brauchen angemessene Ausstattung und Unterstützung

Die Studie macht auch Lösungsvorschläge für die schwierige Situation. Demnach müssen vor allem Brennpunktschulen für regulär ausgebildete Lehrkräfte attraktiver werden, etwa durch bessere materielle und personelle Ausstattung, die am höheren Bedarf orientiert ist. "Bislang", so Dräger, "können sich erfolgreiche Lehramtsabsolventen ihren Einsatzort quasi aussuchen und wählen deshalb häufig Schulen, die gute Bedingungen versprechen. An eine Brennpunktschule zu gehen, sollte

mit attraktiven Entwicklungsmöglichkeiten honoriert werden."

Die Studie stellt zudem heraus, dass sowohl die neu startenden Quereinsteiger wie auch die Schulen selbst effiziente Unterstützung brauchen. Dräger begrüßt deshalb, dass die Berliner Bildungsverwaltung im Rahmen ihres Unterstützungskonzepts für Quereinsteiger "QuerBer" gezielt Ruheständler als Mentoren an Bord holt. Darüber hinaus sollte der Senat gegen die ungleiche Verteilung der Lehrkräfte auf die Berliner Schulen stärker ansteuern, etwa indem er den Anteil der Quereinsteiger an Schulen begrenzt.

Abschließend macht Dräger deutlich, dass der Lehrermangel an den Grundschulen nicht auf Berlin begrenzt sei und sich in den kommenden Jahren noch weiter zuspitzen werde. Daher lobt er die Offenheit, mit der der Berliner Senat die Verteilung der Quereinsteiger auf die Grundschulen darlegt: Dräger erhofft sich, dass auch andere Bundesländer Einblick in "die soziale Verteilung des Lehrermangels" gewähren und die Daten zum aktiven Gegensteuern nutzen. ■

(red.)

Die Studie gibt es unter:  
[https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie\\_Quereinsteiger\\_in\\_Berlin.pdf](https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_Quereinsteiger_in_Berlin.pdf)

**DIE BILDUNGS-  
GEWERKSCHAFT  
EMPFIHLT:**

**AKTIV  
WERDEN  
GEGEN  
NAZIS**

# Bericht über die zweite landesweite Personalkonferenz

Am 29.10.2018 fand die zweite landesweite Personalrätekonferenz der Gemeinschaftsschulen im Ministerium für Bildung und Kultur statt. Neben Minister Ulrich Commerçon konnte Andreas Sánchez Haselberger, Vorsitzender des Hauptpersonalrates Gemeinschaftsschulen, auch Abteilungsleiterin Dr. Kathrin Andres und die Referenten aus dem Referat B7 (Qualitätssicherung an allgemeinbildenden Schulen), Referatsleiter Daniel Dettloff und Kerstin Bay, begrüßen.

## Rede des Ministers

Minister Commerçon unterstrich die gute und offene Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat. Wie wichtig die Arbeit von Personalräten ist, stellte Minister Commerçon in Zusammenhang mit demokratischem Handeln und verwies dabei auf ihr Mitbestimmungsrecht. Dabei hob er hervor, dass sie durch ihre Arbeit – nicht nur als Lehrkräfte im Unterricht – Demokratie in den Schulen vorleben.

Zur aktuellen Lage an den Schulen verwies Minister Commerçon darauf, dass statt des ursprünglich geplanten Abbaus von 588 Lehrer\_innenstellen bis 2019 trotz Haushaltsnotlage zusätzliche 287 Stellen über alle Schulformen besetzt wurden. Weitere Maßnahmen wären jedoch notwendig, um noch mehr Entlastung für die Kolleg\_innen an den Schulen zu schaffen. Er nannte hier eine stärkere Ressourcenzuweisung an den Schulen, die sich nach den jeweiligen Gegebenheiten am Standort ausrichten müssten, die Anpassung der Funktionsstellenstruktur in Bezug auf die Gleichwertigkeit Gemeinschaftsschulen-Gymnasien – daran arbeitet derzeit eine Expertenkommission – und eine angestrebte Schülerzahl von mindestens 23 bis maximal 25 Schüler\_innen. Hierfür müssten die notwendigen finanziellen Ressourcen im Haushalt bereitgestellt werden. Einen weiteren Beitrag zur Entlastung der Kolleg\_innen würde auch die Überarbeitung der Gemeinschaftsschulverordnung leisten, die gerade in Arbeit ist.

Zusätzliche Entlastung müsste auch über andere Professionen in die Schulen kommen. Denn immer mehr Aufgaben kämen inzwischen auf die Schulen zu, die von den Lehrkräften alleine nicht zu bewältigen wären. Die Gesellschaft erwarte mittlerweile von der Institution Schule, dass sie Aufgaben übernehme, die Lehrkräfte alleine nicht erfüllen können.

Hier sieht Minister Commerçon großen Handlungsbedarf. Denn ein Großteil der Überlastungen der Kolleg\_innen käme auch daher, dass sie immer weniger zu ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, kämen.

Hinsichtlich der Schulsozialarbeit sieht Minister Commerçon die Notwendigkeit, diese auszuweiten, zu bündeln und eng zu verzahnen. Auch die Jugendhilfe und die örtlichen Jugendhilfeträger müssten hier „mit ins Boot“. Die wesentliche Steuerungsverantwortung müsste dabei in Händen seines Ministeriums liegen. An diesem Thema arbeitet derzeit eine interministerielle Arbeitsgemeinschaft. Im Laufe dieses Schuljahres sollen hier Ergebnisse vorliegen.

Die externe Evaluation der Schulen, so fuhr Minister Commerçon in seiner Rede fort, böte die Möglichkeit herauszufinden, welche Ressourcen standortspezifisch gebraucht würden. Standortspezifisch deshalb, weil es immer wieder unterschiedliche interne Faktoren an jeder Schule gäbe. Hier bedürfte es einer systemischen Beratung, ggfls. auch durch externe Berater\_innen. Auch die Lehrer\_innenbildung müsste dahin gehend verändert werden.

Im Anschluss diskutierte Minister Commerçon mit den Personalräten noch kurz die aktuellen Probleme an den Schulen im Rahmen der Inklusion, das Thema „Gesundheitsprävention“, die Schulleiter\_innenfortbildung, die zunehmende Entgrenzung der Arbeitszeit von Lehrkräften durch die Digitalisierung und in diesem Zusammenhang auch den Datenschutz an.

Zum Thema „Inklusion“ führte Minister Commerçon an, dass sich die Schüler\_innen-Lehrer\_innen-Relation in den letzten Jahren über alle Schulformen hinweg verbessert hätte. Dass das nicht generell die Situation an den Gemeinschaftsschulen entschärft hat, sieht er auch so, verwies dabei auf die „dramatischste Entwicklung“ hinsichtlich der Schüler\_innen mit Schwierigkeiten in der sozial-emotionalen Entwicklung. Die Problematik nähme auch an den Förderschulen zu. Deshalb würde auch eine neue Förderschule im Regionalverband Saarbrücken eingerichtet.

Andreas Sánchez Haselberger ergänzte zum Thema „Entgrenzung der Arbeitszeit durch die Digitalisierung“, dass hier die Personalräte

Mitbestimmung hätten. Dienstvereinbarungen müssten hier landesweit abgeschlossen werden, je nach Bedarf kurzfristig eventuell auch Dienstvereinbarungen der Örtlichen Personalräte mit ihren Schulleitungen.

## Tätigkeitsbericht des Hauptpersonalrates

Der Tätigkeitsbericht des Hauptpersonalrates wurde in schriftlicher Form ausgeteilt, vom Vorsitzenden Andreas Sánchez Haselberger erläutert und Rückfragen der Örtlichen Personalräte geklärt.



## Vorstellung von „Profil“ an Gemeinschaftsschulen

Bei dem Schulentwicklungsprogramm „Profil“ (Projekt für individuelle Lernbegleitung), so die Referentin Kerstin Bay, handelt es sich um ein Projekt des Ministeriums für Bildung und Kultur, das in enger Kooperation mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) bereits seit dem Schuljahr 2015 / 2016 an saarländischen Gymnasien umgesetzt wird. Da es dort große Erfolge erzielt hat, forderten inzwischen auch die Gemeinschaftsschulen, daran teilnehmen zu können. Dies soll ab dem 2. Schulhalbjahr 2018/19 geschehen.

Kerstin Bay erläuterte den Personalräten in ihrem Vortrag die Ziele, die Struktur, die Aufgaben der einzelnen Akteure sowie die Arbeitsweise im Projekt. Ziel von „Profil“ wäre die Stärkung des individualisierenden und schüleraktivierenden Unterrichts. Durch Anknüpfen an individuelle Begabungen und Interessen sollte das eigenverantwortliche Lernen der Schüler\_innen gefördert werden, was wiederum ihre Lernbereitschaft und -fähigkeit unterstützen sollte. Gleichsam würde so die Möglichkeit eröffnet, die Schüler\_innen in ihrem Lernprozess differenziert zu begleiten. Fachlich würden die Kolleg\_innen in verschiedenen Netzwerken – zunächst einmal in den Fächern Deutsch, Mathematik und

Fremdsprache – unterstützt von Fachkoordinator\_innen, die für ihre Tätigkeiten geschult würden und Deputate erhielten. Für die Netzwerkarbeit stünde den Kolleg\_innen eine Arbeits- und Kommunikationsplattform zur Verfügung. Ein wesentliches Ziel von „Profil“ wäre es schlussendlich, die Ergebnisse der Netzwerkarbeit an den jeweiligen Schulen zu etablieren.

## Vorstellung des Projektes „Schulen stark machen“

Referatsleiter Daniel Dethloff stellte dann das Projekt zur Begleitung von Schulen mit besonderen Herausforderungen – „Schulen stark machen“ – vor, das auch vor dem Hintergrund der vielen Belastungsanzeigen, die im Ministerium für Bildung und Kultur in der Vergangenheit eingegangen waren, initiiert wurde. Hierbei handelte es sich um ein Angebot an die Schulen, die Teilnahme daran wäre freiwillig. In das Projekt ist auch die Schulaufsicht mit eingebunden sowie das Landesinstitut für Pädagogik und Medien. Alle würden die Schulen standortspezifisch in ihrer Schul- und Unterrichtsarbeit unterstützen. Gestartet sei das Projekt mit jeweils sechs Grund- und Gemeinschaftsschulen.

Ziel des Projektes wäre es, so Daniel Dettloff, dass die Schulen mit ihren jeweiligen besonderen, standortspezifischen Anforderungen besser umzugehen lernten und sich erfolgreich weiterentwickeln könnten. Dabei sollte der Aufbau von Kooperationsstrukturen und multiprofessioneller Teams mit externen

Partnern im Mittelpunkt stehen. Kolleg\_innen der am Projekt teilnehmenden Schulen würden dabei von erfahrenen Kolleg\_innen aus Schulen mit ähnlichen Herausforderungen – teilweise Schulpreisträgerschulen – gecoacht. Von den Erfahrungen der derzeit zwölf Projektschulen sollten dann schließlich alle Schulen profitieren können. Hier wäre an den Aufbau eines Berater\_innen- und Instrumentenpools gedacht, auf den die Schulen dann bei Bedarf zurückgreifen könnten.

Neben Entlastungen, wie zum Beispiel kleinere Klassen, zusätzliche Lehrerwochenstunden für die Systemzeit für Leitungs- und Steuerungsaufgaben, für die Schul- und Unterrichtsentwicklung bzw. für die individuelle Förderung von Schüler\_innen und der Zuweisung von Integrationshelfer\_innen, Schulsozialarbeiter\_innen und Schulpsycholog\_innen an die jeweiligen Projektschulen wurde von Bildungsexpert\_innen auch ein Konzept für die teilnehmenden Schulen entwickelt und externe Partnern zur Unterstützung gefunden. Eine bisweilen noch ungeklärte Frage wäre nun noch, wie die Schulträger in dieses Projekt eingebunden werden könnten. Sie spielten nämlich eine entscheidende Rolle.

## Qualitätssicherung durch externe Evaluation an allgemeinbildenden Schulen

Kerstin Bay stellte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kurz den Orientierungsrahmen der geplanten zweiten Runde der externen Evaluation an Gemeinschaftsschulen, die

Anfang nächsten Jahres an drei Pilotschulen starten wird, vor. Sie erklärte den Aufbau und die jeweiligen Bereiche der Evaluation und erläuterte die Neuerungen gegenüber der ersten Runde, wie z.B. die digitale Abfrage der Kolleg\_innen und Schulleitungen. Zukünftig würden auch die Fachkonferenzen befragt. Es würde neben den Pflichtmodulen auch Wahlmodule für die Evaluation geben. Am Ende dieser Evaluationsrunde sollte jeder Schule, die dies wünscht, ein Tool zur Verfügung gestellt werden, mit dem sie selbst zukünftig Evaluationen bedarfsorientiert durchführen könnten.

## Schlusswort des Vorsitzenden und Schließung der PR-Konferenz

Der Vorsitzende Andreas Sánchez Haselberger bedankte sich bei den Referent\_innen für ihre Vorträge, bei den Personalräten für ihre Teilnahme und der regen Beteiligung an der Konferenz durch ihre Diskussionsbeiträge und schloss die Personalrätekonferenz. ■



Traudel Job

ANZEIGE

# WENN NIEMAND MEHR ÜBER INHAFTIERTE JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI SCHREIBT, SIND DANN ALLE WIEDER FREI?

REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE - SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODE33

REPORTER OHNE GRENZEN  
FOR INFORMATIONSFREIHEIT



# Traditionelles Jahrestreffen

GEW Ruheständler\_innen in der Bettinger Mühle und auf dem Schaumberg



Für den 16. Oktober 2018 luden die Kreisverbände Saar-Pfalz und Blies ihre Ruheständler\_innen zum traditionellen Jahrestreffen ein. Dieses Jahr ging es in die Bettinger Mühle nach Schmelz. Dort erwarteten uns um 10 Uhr zwei sachkundige Führer des „Vereins zur Erhaltung der Bettinger Mühle e. V.“, die von der Geschichte der 750 Jahre alten Mühle erzählten und uns bei der Führung durchs Mühlenmuseum einen Einblick in die Mühlentechnik längst vergangener Zeiten gewährten. So ist etwa den Mennoniten, einer lutherischen Glaubensgemeinschaft, denen die Mühlenbesitzer einst angehörten, ein eigener Ausstellungsraum gewidmet. Der von der Prims abgeleitete Mühlenbach hält das Mühlrad stets am Laufen und sein Klappern begleitete uns durch die Ausstellung landwirtschaft-

licher Geräte und die Backstube, in der noch regelmäßig Brot gebacken wird. Für ein und eine halbe Stunde fühlten wir uns in eine andere Zeit versetzt. Im bäuerlichen Lehr- und Schaugarten an der Mühle schien noch die warme Herbstsonne und lud zum Verweilen und Ausruhen ein.

Zum Mittagessen führen wir ins nahegelegene „Schmelzer Brauhaus“. Der Vorsitzende unseres Landessenior\_innenausschusses, Harald Ley, berichtete bei dieser Gelegenheit aus dem LSA und unser Geschäftsführer Willi Schirra informierte uns über die aktuellen Entwicklungen im Landesverband.

Gegen 15.00 Uhr erreichten wir unser zweites Ausflugsziel, den Schaumberg, „Hausberg“

unseres Saarlandes, mit seinem 37,5m hohen Turm, der 1976 als Symbol der deutsch-französischen Freundschaft eingeweiht wurde. 2010 bis 2013 wurde der Turm aufwändig modernisiert und mit einem Aufzug ausgestattet, sodass die Aussichtsplattform barrierefrei zu erreichen ist. Bevor wir den grandiosen Rundblick über das herbstliche Saarland bis zu den Vogesen am Horizont genießen konnten, erzählten uns zwei Gästeführer der Gemeinde Tholey Interessantes und Kurzwieliges über 2500 Jahre europäischer Kulturgeschichte vom Schaumbergplateau und von Tholey. Nach einem Rundgang im Ausstellungsraum zur Geschichte über viele Jahrhunderte kriegerischer Auseinandersetzungen und dem ständigen Wechsel der Herrschaften wird einem die Bedeutung dieses weithin sichtbaren Turmes als einem starken Symbol der deutsch-französischen Freundschaft erst so recht bewusst. Ein durchaus beeindruckendes Erlebnis.

Anschließend traf sich unsere Gruppe an diesem wirklich goldenen Oktobertag noch auf der Terrasse des Schaumbergbades zum gemütlichen Ausklang dieses sehr informativen Tages. Danke an Helma Wagner und Walter Weber, die sich im Wechsel alljährlich um das Programm und den Ablauf dieser besonderen Senior\_innentage kümmern. ■

**Helma Wagner**

Foto: Helma Wagner

## Fachgruppe Berufliche Schulen informiert

# Neuer Vorstand gewählt

Die Fachgruppe Berufliche Bildung hat am 12. November 2018 ihren Vorstand neu gewählt. Neue Vorsitzende sind Claudia Kilian und Carsten Kohlberger. Stellvertreter\_innen sind unsere Landesvorsitzende Birgit Jenni und Hermann Dejon.

Als Schriftführerin wurde Martina Kräh-Bick gewählt. Beisitzer\_innen sind Julia Willeke, Thomas Lück, Jens Ludwig, Jutta Schäfer, Claudia Forster-Barth, Matthias Lickteig und Silke Dubois. ■

(red.)



Vorstand Fachgruppe Berufliche Bildung: Neue Vorsitzende sind Claudia Kilian und Carsten Kohlberger. Stellvertreter\_innen Birgit Jenni und Hermann Dejon. Schriftführerin Martina Kräh-Bick. Beisitzer\_innen sind Julia Willeke, Thomas Lück, Jens Ludwig, Jutta Schäfer, Claudia Forster-Barth, Matthias Lickteig und Silke Dubois | Foto: Carsten Kohlberger

# Informationstreffen der GEW Saarland für Sprachförderlehrkräfte

**Über 30 Sprachförderlehrkräfte hatten sich am 18.10.2018 auf Einladung der GEW Saarland und der Regionalgruppe Saar von Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte im Interkulturellen Kompetenzzentrum Völklingen zusammengefunden, um ihre unterschiedlichen Arbeits- und Vertragssituationen zu diskutieren und sich über ihre Rechte zu informieren.**

Nach der Begrüßung durch Birgit Jenni, Landesvorsitzende der GEW, informierte Geschäftsführer Willi Schirra entsprechend der Tagesordnung über die *tarifliche Situation*. In Vorgesprächen hatten Lehrkräfte bereits Unmut darüber geäußert, dass die Eingruppierung nicht vollständig an den Tarifvertrag angelehnt sei. Das zeigte sich vor allen Dingen darin, dass sich die Einstufung der Lehrkräfte unabhängig von der Schulform, an der sie tatsächlich unterrichten, ausschließlich nach der Tabelle für Grundschullehrkräfte richte und die zu leistende Anzahl an Unterrichtsstunden bei Vollzeitbeschäftigung 28 Stunden betrage. Die GEW kündigte an, in Kürze das Gespräch mit dem zuständigen Ministerium zu suchen, um durchzusetzen, dass der Tarifvertrag vollständig angewandt wird. Dies wird durch Einwirken der Gewerkschaft bei unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz bereits seit 2016 umgesetzt.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die *fehlende Personalvertretung*. Die Sprachförderlehrkräfte haben keinen Betriebsrat, den sie bei Fragen rund um ihre Verträge oder bei Problemen mit ihren Vorgesetzten konsultieren könnten. Bereits in der Vergangenheit wurde der Versuch unternommen, einen Betriebsrat zu gründen. Einige der

damals beteiligten Lehrkräfte waren anwesend und konnten die Abläufe schildern, wie es dazu kam, dass die Wahl kurzfristig nicht stattfinden konnte, obwohl die nötigen Voraussetzungen erfüllt waren. Auch diese werden im Ministerium vorgetragen und die Gründung einer Personalvertretung neu in Angriff genommen.

Das nächste Thema war die Ausarbeitung eines übergeordneten *Konzeptes für die Sprachförderung* im Saarland. Neben der Erarbeitung eines Lehrplans für DaZ und Richtlinien für den Unterricht (Anzahl an zusätzlichen Deutschstunden gegliedert nach sprachlichem Niveau der Schüler\_innen bzw. Einrichtung von Vorbereitungsklassen) wurde geäußert, dass man sich die Anerkennung von DaZ als Unterrichtsfach wünscht, damit ein entsprechender Haushalt für Unterrichtsmaterial und Personal, Fort-/Weiterbildung etc. zur Verfügung stünde. Alle anwesenden Lehrkräfte wurden eingeladen, sich an einer neu zu gründenden Fachgruppe DaZ zu beteiligen, die Bedarfe und Bedürfnisse für das Fach DaZ und alle Beteiligten herausarbeiten wird.

Im letzten Teil des Treffens wurden allgemein Erfahrungen ausgetauscht. So wurde u.a. von unterschiedlichen Einsatzgebieten in den Schulen berichtet, die eigentlich nicht in den Bereich von Sprachförderlehrkräften fallen (sollten): fachfremder Einsatz z.B. im Kunstunterricht oder anderen Sachfächern, die Einteilung in den Vertretungsplan zur Krankheitsvertretung von Kolleg\_innen aus anderen Bereichen und sogar Übernahme der Funktion als Klassenleitung. Der Umgang des Arbeitgebers, wenn sich Lehrkräfte etwa wegen Schwierigkeiten mit der Schulleitung

an die entsprechenden Ansprechpartner\_innen gewendet hatten, wurde als wenig einheitlich beschrieben. Während bei einigen sofort eingegriffen wurde, wurden andere vertröstet. Insgesamt wurde mehr Transparenz bzgl. Arbeitsaufgaben, rechtlichen Fragen etc. gewünscht, wodurch die Bedeutung einer Personalvertretung zusätzlich hervorgehoben wird.

Generell wurde der Eindruck vermittelt, dass Sprachförderlehrkräfte im Bereich DaZ sich häufig nicht wertgeschätzt fühlen. Es darf nicht sein, dass Lehrkräfte, die eigentlich wichtige Integrationsarbeit leisten, ausschließlich befristet angestellt und finanziell schlechter gestellt werden, gleichzeitig aber als Lückenfüller für ausgefallene Kolleg\_innen aus anderen Bereichen dienen sollen. Somit werden außerdem die bereits begrenzten Ressourcen für die Sprachförderung zusätzlich beschnitten. Integration muss endlich als Daueraufgabe ernstgenommen werden!



**Sandra Steinmetz**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache an der Universität des Saarlandes, freiberufliche Dozentin und Fortbildnerin, Koordinatorin der Regionalgruppe Saar von Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte.

Foto: Dominic Jourdain

## Fachgruppe Gemeinschaftsschule informiert

# Einladung zur ersten Sitzung 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hiermit lade ich euch zu unserer ersten Sitzung in 2019 ein:

**Termin:** Donnerstag, 17. Januar 2019, 17.30 Uhr – 19.00 Uhr,

**Ort:** Geschäftsstelle der GEW.

Als Tagesordnung schlage ich vor:

1. Planung 2019
2. Berichte
3. Verschiedenes

Ich danke euch für euer rege Mitarbeit im ablaufenden Jahr und freue mich auf eine konstruktive Weiterarbeit im kommenden Jahr. ■

**Traudel Job**



# Entlastung jetzt!

Bündnis Gemeinschaftsschulen überreicht Bildungsminister Ulrich Commerçon einen Forderungskatalog und eine Liste mit über 1.600 Unterschriften



Auf Initiative des Hauptpersonalrates Gemeinschaftsschulen hatte sich im Sommer 2018 kurzfristig das Bündnis „Gemeinschaftsschulen“ zusammengeschlossen. Diesem gehören neben dem Hauptpersonalrat Gemeinschaftsschulen, den Örtlichen Personalräte und den Kolleg\_innen an den saarländischen Gemeinschaftsschulen, die Landeselternvertretung, die Landeschülervertretung, die Gewerkschaft GEW sowie die Verbände SLLV und VRB an.

Hintergrund waren die Überlastungsanzeigen vieler Kollegien, von denen der Hauptpersonalrat auf Wunsch vieler Örtlichen Personalräte eine Synopse erstellt hatte. Mit Zustimmung der Örtlichen Personalräte an Gemeinschaftsschulen wurden daraus zehn Forderungen an den Ministerpräsidenten Hans, den Minister für Bildung und Kultur Commerçon, die Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Die Linke sowie den Landkreistag gerichtet mit dem Ziel, dass spürbare Entlastungen für die Kolleg\_innen - auch vor dem Hintergrund des Arbeits- und Gesundheitsschutzes - möglichst zeitnah umgesetzt und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereits im Doppelhaushalt 2019/20 zur Verfügung gestellt werden. Vor dem Hintergrund einer sich rasant verändernden Gesellschaft ist dies mittlerweile unabdingbar, damit die Kolleg\_innen, die an den Schulen hervorragende Arbeit leisten, auch zukünftig ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden können.

## Die zehn Forderungen lauten:

- Reduzierung des Klassenteilers auf 24 Schüler\_innen
- Reduzierung der verpflichtenden Unterrichtsstunden von 27 auf 26 Stunden (Anpassung an die Gymnasien)
- Einführung einer zweistündigen Systemzeit für jede Lehrkraft (u.a. um der Dokumentationspflicht und dem Beratungsbedarf von Schüler\_innen und ihren Eltern gerecht werden zu können)
- Erhöhung der Planstellen im Landeshaushalt (u.a. um Doppelbesetzungen zu ermöglichen mit dem Ziel einer besseren individuellen Förderung der Schüler\_innen)
- Aufstockung der Lehrerreserve
- Die sofortige Umsetzung der multiprofessionellen Teams (zusätzliche Förderlehrer\_innen, Schulsozialarbeiter\_innen, Kinderpfleger\_innen u.a.) laut Koalitionsvertrag („Kollegium der Zukunft“)
- Sozialindizierte Ressourcenzuweisung
- Die vorhandene Regelung, dass im Gebundenen Ganztags mindestens eine feste pädagogische Unterstützungskraft in jeder Klasse eingesetzt wird, (siehe §5 (2) Gebundene Ganztagsverordnung), umsetzen, und sie auch auf alle anderen Gemeinschaftsschulen übertragen
- Beseitigung der Raumproblematik an vielen Schulen im Hinblick auf notwendige Differenzierungsmöglichkeiten, Größe, Klima und Lärm sowie umgehender Beseitigung bestehender Baumängel und daraus resultierenden gesundheitlichen Gefährdungen

renzierungsmöglichkeiten, Größe, Klima und Lärm sowie umgehender Beseitigung bestehender Baumängel und daraus resultierenden gesundheitlichen Gefährdungen

■ Schaffung ausreichender Fachräume mit entsprechender Ausstattung sowie Rückzugsmöglichkeiten (z.B. Ruheräume o.ä.) für Schüler\_innen und Lehrer\_innen.

Bei der Übergabe des Forderungskatalogs zusammen mit den über 1.600 Unterschriften von Lehrkräften an den Gemeinschaftsschulen an Ulrich Commerçon, am 29. Oktober 2018 im Ministerium für Bildung und Kultur unterstrichen neben Judith Franz-Lehmann von der Landeselternvertretung auch die GEW-Vorsitzende Birgit Jenni und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Andreas Sánchez Haselberger, dass sich die Rahmenbedingungen an den saarländischen Gemeinschaftsschulen schnell und nachhaltig verbessern müssen. Nur so kann die Gemeinschaftsschule im Saarland den sich rasant verändernden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden und sich als von der Politik postulierte zweite gleichwertige Säule neben dem Gymnasium etablieren und die Kolleg\_innen ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag zur Zufriedenheit aller erfüllen. ■



Traudel Job



# Landesausschuss 2018

Landesausschusssitzung der GEW-Saarland am 12. November 2018 im CFK in Spiesen-Elversberg

Max Hewer eröffnete den diesjährigen Landesausschuss und die Landesvorsitzende Birgit Jenni konnte in ihrer Rede über die Erfolge und Tätigkeiten der GEW Saarland seit ihrer Wahl im Mai umfassend informieren. Dabei standen viele schulische Themen im Mittelpunkt aber auch die Verhandlungen zur Sicherung des öffentlichen Dienstes im Saarland. In der Aussprache zur Rede der Vorsitzenden wurden abermals Probleme an den verschiedenen Schulformen thematisiert. Die GEW nimmt zur Kenntnis, dass die Probleme in allen Feldern der Bildung groß sind und die Qualität der Bildung, gerade im Saarland, unter dem Spardiktat leidet.

Der neue und gleich wieder aus beruflichen Gründen scheidende Schatzmeister stellte den Haushalt für die Jahre 2017 und 2018 vor. Fragen der Delegierten zu einzelnen Posten und Ausgaben konnten ausnahmslos und kompetent beantwortet werden. Als Ersatz für den scheidenden Schatzmeister wurde Jens Ludwig von der FG Berufliche Schulen vom Landesausschuss nachnominiert. Gleiches gilt für Yvonne Diessner, die für die nunmehr abhängig Beschäftigte Christel Pohl aus der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe nachbenannt wurde. Sie wurde mit insgesamt

39 Ja-Stimmen bei 52 abgegebenen Stimmen in den GV nachnominiert.

Willi Schirra stellte danach die Eck- und Knackpunkte der nahenden Tarifverhandlungen für den TV-L dar, von denen auch die Veränderungen der Beamtinnen und Beamten im Landesdienst abhängen werden. Dabei hob er die Einführung der Paralleltabelle (A12 entspricht E12), die Aufwertung der Fachlehrkräfte, die Eingruppierung der DaZ- und DaF-Lehrkräfte, die Anerkennung des Vorbereitungsdienstes bei der Stufenlaufzeit sowie die Eingruppierungen der Lehrwerkmeister und der sonderpädagogischen Fachkräfte als Arbeitsfelder hervor, die für die saarländischen Kolleginnen und Kollegen am wichtigsten sein dürften. Die Delegierten plädierten einstimmig für die von Willi Schirra vorgeschlagenen Verhandlungspositionen und die Forderung von 6,5% Lohnerhöhung bei einjähriger Laufzeit.

Danach wurde der vom GV eingebrachte Initiativ-Antrag zum Lehrkräftemangel mit einer redaktionellen Veränderung bei drei Enthaltungen angenommen. Damit unterstützt der saarländische Landesverband das auf Bundesebene beschlossene 10 Punkte-Programm, um die Folgen des Lehrkräftemangels abzumildern. Weitere Initiativanträge wurden wegen fortgeschrittener Zeit an den Landesvorstand zur Befassung verwiesen.

gels abzumildern. Weitere Initiativanträge wurden wegen fortgeschrittener Zeit an den Landesvorstand zur Befassung verwiesen.

Nach den Dankesworten von Birgit Jenni durfte abschließend Harald Ley sein traditionelles Schlussgedicht vortragen, das mit den Worten endete: „Viel ist schon getan, viel ist noch zu tun, sprach der Wasserhahn zum Wasserhuhn.“ ■

Matthias Römer & Helmut Stoll



# Neuer Vorstand des Landesfrauenausschuss gewählt

Der Frauenausschuss der GEW Saar hat am 12.11.2018 im Anschluss an die Landesausschusssitzung von 17.15 bis 19.00 Uhr getagt. Birgit Jenni begrüßte die 30 Frauen, die ins CFK nach Spiesen-Elversberg gekommen waren. Margit Knaak erklärte sich bereit, für die erkrankte Anna Haßdenteufel die Versammlung zu leiten.

Ulla Blass-Graf, die seit 2006 Vorsitzende der GEW-Frauen an der Saar war, wurde am Ende der Landesausschusssitzung für ihre langjährige Arbeit mit einem Abschiedsgeschenk gedankt. Sie begann die Landesausschusssitzung mit ihrem Tätigkeitsbericht.

Sie berichtete, dass es in den vergangenen Jahren gelungen sei, die GEW-Listen für die HPR-Wahlen paritätisch zu besetzen. Sie wies darauf hin, dass außerdem die Frauen in der

GEW sowohl im Bund an der Spitze mit Marlis Tepe als auch im Saarland mit Birgit Jenni als Vorsitzende und Anna Haßdenteufel als einer von zwei Stellvertreter\_innen gut aufgestellt sei. Auch in den geschäftsführenden Ausschuss der GEW Saar wurden im Mai 2018 fünf Frauen gewählt. Die regelmäßige Teilnahme der Vorsitzenden des Frauenausschusses an den Sitzungen des Landesvorstandes der GEW Saar sei ebenso wichtig wie die (stimm-berechtigte) Teilnahme der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreterin im Bundes-Frauenausschuss. Ausserdem entsende der Frauenausschuss Delegierte zu Landesausschusssitzungen und Gewerkschaftstagen der GEW Saar. Obwohl versucht wurde, weitere GEW-Frauen in die gemeinsame Arbeit einzubinden, wurde diese doch überwiegend von der Vorsitzenden Ulla Blass-Graf und ihrer Stellvertreterin Andrea Konter „gestemmt“.

Da alle vier Jahre die Vorstände der GEW-Ausschüsse neu gewählt werden, stand an diesem 12. November 2018 die Vorstandswahl des Frauenausschusses an. Ulla Blass-Graf schlug als 1. Vorsitzende die Kollegin Birgit Weiß vor, die als Lehrerin an der GemS Mandelbachtal arbeitet. Andrea Konter kandidierte ebenfalls für dieses Amt. Da nach einer 10-minütigen „Murmeltunde“ keine weiteren Kandidatinnen benannt wurden, stellten sich Andrea Konter und Birgit Weiß den anwesenden Frauen vor. Beide betonten, dass ihnen besonders die Solidarität der Frauen untereinander wichtig sei. In der anschließenden geheimen Wahl zur 1. Vorsitzenden erhielt Birgit Weiß 21 Stimmen, Andrea Konter 10 Stimmen (von 31 gültig abgegebenen). Birgit Weiß nahm die Wahl an und bedankte sich für das in sie gesetzte Vertrauen. Nachdem Andrea Konter sich für das Amt der Stellver-





treterin nicht mehr zur Verfügung stellte, wurden Maryam Farahany (Bereich Jugendhilfe) und Nicole Häffner (Bereich Hochschule) per Akklamation zu zwei gleichberechtigten Stellvertreterinnen gewählt. Beide nahmen die Wahl an.

Am Ende dieser Frauen-Ausschusssitzung wurden Themen gesammelt, die in nächster Zukunft bearbeitet werden sollen (Gesund-

heitsförderung; Arbeitsschutz; Kinderkrankentage und Beruf; Anrechnung der Elternzeit auf die Einstufungszeit der Lehrerinnen).

Ich wünsche dem neu gewählten Vorstand des Frauenausschusses bei der Arbeit für die GEW-Frauen viel Unterstützung und gelebte Solidarität.

Hilla Haßdenteufel



KOMMENTAR

Gedanken zur aktuellen politischen Lage

Bestandsaufnahme

Neulich sah ich die Tagesschau vom 13.09.1998. Helmut Kohl war Bundeskanzler, ins Internet ging man mit flotten 56k-Modems, VW hatte im Vorjahr den Golf IV vorgestellt, Oskar Lafontaine war Vorsitzender der Volkspartei SPD, gerade hatten die Wahllokale in Bayern geschlossen und die ersten Hochrechnungen für die dortige Landtagswahl lagen vor. CSU-Spitzenkandidat und Ministerpräsident Edmund Stoiber holte mit seiner Partei knapp 53% der Stimmen, die SPD-Spitzenkandidatin freute sich eher weniger über enttäuschende knapp 30% und die Grünen mussten noch etwas zittern, kamen aber mit letztendlich 5,7% in das nun aus drei Fraktionen bestehende Parlament.

Hätte am damaligen Abend ein Zukunftsforscher prognostiziert, dass 20 Jahre später die CSU nicht mal in die Nähe der 40% kommen, die SPD auf fast schon Splitterparteiniveau schrumpfen würde, die Grünen bald 20% knacken und darüber hinaus eine am rechten Rand taumelnde „Alternative für Deutschland“ existieren würde, man hätte ihn im besten Falle ausgelacht, aufgrund von Wahnvorstellungen vielleicht sogar einweisen lassen.

Deutschland 2018 ist politisch ein verwirrendes Land geworden. Die Statistiken sind widersprüchlich genug: Es geht dem Land so gut wie noch nie in seiner Geschichte, gleichzeitig werden die Armen ärmer und die Reichen reicher. Mieten steigen und Pflegenotstand herrscht, aber diskutiert wird vor allem dort, wo sie nicht sind, über Geflüchtete, die vor drei Jahren ins Land kamen. Viele Menschen sehnen sich einerseits nach Stabilität und einer „guten alten Zeit“, andererseits informiert sich eine zunehmende Zahl bei obskuren Quellen im Internet über „die Wahrheit“.

Alles also widersprüchlich? Nicht unbedingt. Zu beobachten ist, dass Ideologien und Bindungen abnehmen. Die „Kernwählerklientel“ ist offensichtlich nicht mehr gegeben, in Stein gemeißelte politische Vorstellungen werden

zunehmend unattraktiv. Es gibt zwar eine neue Rechtsaußen-Partei, die aber für die Wählerschaft außerhalb Ostdeutschlands überschaubar attraktiv bleibt, ansonsten ist die Republik bunt. Wenn wir den Blick schweifen lassen, wurde in Hessen gerade, wenngleich knapp, eine schwarz-grüne Koalition wiedergewählt. Jamaika regiert in Schleswig-Holstein, Kenia in Sachsen-Anhalt, R2G in Thüringen, in Rheinland-Pfalz eine Ampel.

Waren die Bürger\_innen früher „links“, „rechts“, „konservativ“ oder „liberal“, so sind sie heute flexibel; eine passende Antwort auf die Fragen unserer Zeit fehlt jedoch bisweilen. Zu beobachten ist eine Art Ideologieverschiebung in einzelne Politik- und Problemfelder. Exemplarisch sei hier der saarländische Schulbereich genannt, wo die Diskussion über bestimmte Entscheidungen teils bizarre Formen annimmt, sei es bei Wähler\_innen wie Politiker\_innen. Man erinnere sich an die G8/G9-Debatte, bei der eine sachliche Auseinandersetzung schwer möglich ist. Wählerinitiativen und Politik tobten sich im letzten Jahr in einem Stellvertreterkrieg aus, bei dem der faktenorientierte Beobachter teils irritiert zurückblieb. Ebenso ist die Inklusion ein völlig verstörend ideologisiertes Thema, bei dem sich Kritiker von Befürwortern mit Nazivergleichen konfrontiert sehen, Befürworter von Kritikern zu Spinnern und Traumtäncern degradiert werden.

Die Anwesenden auf der von den Kolleg\_innen des SLLV organisierten Demo „Schule am Limit“ vergangenen September werden sich darüber hinaus daran erinnern, dass offensichtlich auch unsere Volksvertreter\_innen in diesen widersprüchlichen Zeiten und einem allgemeinen Klima der (gefühlten) Unsicherheit dünnhäutig werden. So wurden um die 500 Demonstranten zu einer „kleinen, lauten Minderheit“ erklärt und die Diskussion war beendet. Ist das Ausdruck von Hilfs- oder Maßlosigkeit? Von Unverständnis oder Realitätsverlust? Bundes-

weit häufen sich die dem außenstehenden Beobachter beunruhigend anmutenden Fälle, in denen die tatsächlich Beteiligten erratisch reagieren. Die Causa Maaßen war ein besonders krasser Ausdruck fehlender Einsicht in eigenes Fehlverhalten, aber derlei negative Chuzpe zieht sich durch alle Parteien: Die SPD-Vorsitzende versteht 14% in Wahlumfragen offensichtlich nicht als Absage an alles, wofür sie und ihre Partei stehen. Der CSU-Vorsitzende muss zum Rücktritt gedrängt werden, nachdem er das Ansehen seiner Partei an die Wand gefahren hat (dabei hatte man schon halb vergessen, dass er sich an seinem 69. Geburtstag konsequenzlos über ebenso viele Abschiebungen freute). Der CSU-Spitzenkandidat fährt ein desaströses Ergebnis ein und wird dafür voraussichtlich mit dem Parteivorsitz belohnt. Vom Dauer-Ausscheren der AfD nach rechtsaußen redet mittlerweile kaum noch jemand. Und Christian Lindner, der erste FDP-Politiker mit Rückgrat und Überzeugungen in der Geschichte seiner Partei, wird von den anderen gerade Genannten geschmäht, er habe sich vor der Verantwortung gedrückt.

All das wäre einem 1998 bizarr vorgekommen, wobei damals die hessische CDU noch als „Stahlhelm“-Fraktion bekannt war, was wiederum heute komisch anmutet. Es ist also zunächst einmal alles anders geworden, und vielleicht müssen sich Bürger\_innen und Politiker\_innen noch mit dieser neuen, bunteren, unklarerer Zeit anfreunden, in der man ständig das Gefühl hat, zwischen allem und nichts zu stehen. Der Wunsch, die gefühlte Stabilität von 1998 zurückzuerlangen, wird jedenfalls nicht erfüllbar sein. Also bitte: Anpassen und Durchhalteparolen einstellen. Denn vielleicht ist die Antwort auf die Widersprüchlichkeit der heutigen Zeit das Ende der Ideologie und ein neues Zeitalter des sachlichen Pragmatismus. Dann wäre der Übergang ins 3. Jahrtausend endlich vollzogen. ■

Helmut Bieg

Spätherbst ist vor dem Winter

Die Blätter des wilden Spätherbstes geben Ahnung davon, was uns wieder im winterkalten ersten Viertel des neuen Jahres erwarten wird: Der raue Wind der – bei den anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder – blockierenden Arbeitgeber wird uns argumentativ ins Gesicht wehen. Wie könnten wir denn nur solche überhöhten Forderungen stellen? Und dann drohen die Gewerkschaften mit Streiks. Wie könnten sie nur. Und dann kommen wir und wollen auch noch die Schulen und Hochschulen bestreiken. Wie könnten wir nur.

Es wird wieder Streit um die Elternbriefe geben, Schulverwaltungen werden wieder versuchen Streiks zu verhindern. Ist ihr gutes Recht, unser sehr gutes und vornehmes Recht ist zu streiken. Geschenk bekommen wir nichts. Keinen Cent, den wir nicht erkämpfen müssen. Mühsam, ja, mühsam. Und die Nichtmitglieder bekommen es obendrauf und wir müssen dabei zusehen, denn einen Gewerkschaftsbonus werden diese Arbeitgeber nie mit uns vereinbaren, denn sie haben kein Interesse an starken Gewerkschaften und wer sich noch erinnert, es gab Zeiten, da haben sie Schneestürme über den Flächentarifvertrag gejagt (2004 bis 2006). Wir müssen uns also sortieren, trotz schwieriger Lage, trotz und gerade wegen der Verantwortung für unsere Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und alle uns Anvertrauten. Sortiert, aber nicht trotzig.

Denn, nein – kein Allgemeinplatz – es wird wieder um Viel gehen: Wir müssen für selbstverständlich Gehaltenes uns einsetzen, für



eine lineare Erhöhung unserer Entgelte. Dies wird immer als etwas Normales bei Tarifrunden gehalten, ist aber jedesmal neu erkämpft, denn eigentlich mögen Arbeitgeber immer gern Einmalzahlungen. Ja, so ist dies mit den Ritualen, sie sind notwendig, es gibt Spielregeln, und von ihnen kommt man nicht los, wenn man Geld für die Mitglieder erringen möchte. Geld und Entgelt, Entgeltordnung. Auch dort haben wir ein doppeltes Problem, zum einen wird die Anlage A (für alle, die nicht Lehrkräfte sind) einer Renovierung unterzogen und wir wollen einen Aufwertung des

Sozial- und Erziehungsdienstes, zum anderen muss der TV EntgO-L (für die Lehrkräfte) dringend verbessert werden. Da genügt nur ein Stichwort und wir wissen Bescheid: Paralleltabelle. Diese Beleidigung muss endlich beseitigt werden. Wir brauchen die echte Paralleltät zwischen Entgeltgruppen der Tarifbeschäftigten und den Besoldungsgruppen der Beamtinnen und Beamten. Hauptbeispiel: Es muss heißen A 12 ist gleich E 12 statt wie bisher A 12 ist gleich E 11. Ob dies uns gelingen wird? Dies kann niemand sagen. Was wir aber gemeinsam gelernt haben, ohne Aktionen, ohne Streiks, wird es kein Tauwetter im Winter 2019 geben. So wie der Spätherbst vor dem Winter kommt, so werden wir uns gemeinsam wieder Mut machen und Kraft sammeln und uns motivieren, wir werden diskutieren über unsere Forderungen, basisdemokratisch, als Mitmachgewerkschaft, um bei Kälte wieder auf den Marktplätzen zu stehen oder an der Schule Streikwache zu halten. Und die Wärme der Solidarität spüren, dass Lächeln des Streikpostens im Schneegestöber, den heißen Kaffee auf der Kundgebung, die kalten Füße, die Schmerzen des Stehens auf der Stelle, und wir werden wieder spüren, was es heißt, eine Gewerkschaft zu sein. ■

Daniel Merbitz  
Mitglied des Hauptvorstandes,  
zuständig für Tarif- und Beschäftigungspolitik

Fotos: Daniel Merbitz





# GEW für Bildung statt Kinderarbeit

Projekte in fünf afrikanischen Ländern finanziell unterstützt durch fair childhood

„Ich war sehr glücklich an dem Tag, an dem ich hörte, dass ich wieder zur Schule gehen darf. Meine Lieblingsfächer sind Biologie, Geschichte und Staatsbürgerkunde. Mein Traum ist es, Lehrer zu werden.“ Das sagte uns mit strahlenden Augen der fünfzehnjährige Massai-Junge Rachid aus Tansania.



Rachid mit seinen Lehrern

Für viele Kinder in den afrikanischen Projektregionen ist es nicht selbstverständlich, dass sie jemals einen Schulabschluss machen können, wenn sie aus finanziellen Gründen einmal ihren Schulbesuch unterbrechen mussten. Eins der wichtigsten Ziele bei der Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen ist für die Gewerkschaften zunächst die Schulung der Lehrkräfte bezüglich der Rechte von Kindern und ihrer eigenen Einstellung zu Kinderarbeit, dann aber auch in Kommunikationstechniken für den Umgang mit Eltern und Dorfgemeinschaften. Eine Fortbildung in kindgerechten Unterrichtsmethoden hilft vielen Lehrer\*innen, Schule für die Kinder noch attraktiver zu gestalten.

In der Provinz Chipinge (Manicaland, Zimbabwe) zum Beispiel galt bis vor kurzem noch das Earn & Lern-System, das besagt: Nur Kinder, die Lohnarbeit verrichten, können auf eine Einschulung hoffen. Auch wenn das 2013 in Zimbabwe abgeschafft wurde, ist es aus dem Bewusstsein der Menschen noch nicht verschwunden.

In gründlichen Sensibilisierungskampagnen stellen die Gewerkschaften ZIMTA und PTUZ klar, dass ein Kind in die Schule gehört und nicht auf die Teeplantage oder in Hausarbeit. An den elf Schulen im Projektgebiet entwickelten insgesamt über hundert Lehrkräfte andere Unterrichtsformen und bewirkten mit passenden Sketchen, Liedern, Tänzen und Plakaten, dass das Bewusstsein für den Wert von Bildung gesteigert wurde. Die Quote der Schulabbrüche sank in diesen Schulen, die der



Kinder werben für Kinderrechte

Einschulungen stieg um mehr als 6% in den letzten Jahren.

Die Gewerkschaft UNATU in Uganda richtete in Zusammenarbeit mit einer anderen Nichtregierungsorganisation, einem Kaffeeproduzenten und dem UTZ-Prüfsiegel erfolgreich eine kinderarbeitsfreie Zone im Erussigebiet ein. Hierbei steht besonders die Wiedereingliederung von Mädchen im Fokus, wobei die Schulen gerade auf die Bedürfnisse von Mädchen in der Pubertät aus- und eingerichtet werden müssen (z. B. separate, abschließbare Toiletten). Frühe Schwangerschaften und Frühverheiratung sollen vermieden werden. In den drei Projektjahren stiegen die Schülerzahlen, aber auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften jeweils um mehr als 20 Prozent. (Foto ‚Kinder gegen Kinderarbeit‘)

Bei dem Projekt unserer Schwestergewerkschaft F-SYNTER in Burkina Faso konnten in den letzten drei Jahren (gemeinsam mit der Sozialarbeitergewerkschaft SYNTAS) mehr als einhundert Kinder und Jugendliche von der Straße, von Feldarbeit oder aus Steinbrüchen geholt werden. Dort, wo es möglich war, gingen sie in ihre Herkunftsfamilien zurück und nahmen wohnortnah am Schulunterricht teil. Die Ältere erhielten auch das Angebot einer Berufsausbildung in Werkstätten und Fachbetrieben.

Das gewerkschaftliche Projekt in der Nähe der Hauptstadt erregte durchaus eine gewisse Aufmerksamkeit der verantwortlichen Ministerien dort. Seit diesem Sommer nahmen Regierungsmitglieder ihrerseits die Straßenkinder in einigen großen Städten in den Blick, wobei sie von der Medienöffentlichkeit begleitet wurden. (Foto von Jugendlichen im Betrieb)

Im Nachbarland Mali entstand in ländlichen Regionen südlich der Hauptstadt seit 2014 eine kinderarbeitsfreie Zone, in der seitdem 840 Lehrkräfte fortgebildet und eingebunden wurden. 42 von ihnen sind inzwischen als Projektverantwortliche in ihren Schulen und Dorfgemeinschaften tätig. Viele von ihnen hörten durch die Schulung der Gewerkschaft SNEC zum ersten Mal, dass es eine Kinderrechtskonvention gibt, die auch von Mali ratifiziert wurde und sie lernten, sich in die Gemeinschaft zu integrieren und dieses Wissen zu verbreiten. In den Schulen gründeten sie paritätisch von Jungen und Mädchen besetzte Klubs gegen Kinderarbeit, die sich um nicht eingeschulte Kinder oder solche, die die Schule abbrachen, kümmern. Und in einigen Dörfern existieren Müttervereine, die helfen, die Widerstände gegen den Schulbesuch bei einigen Kindern und Familien zu überwinden.

Wenn ein Kind aus Kinderarbeit zurück in die Schule kommt, ist dafür gesorgt, dass es sich willkommen fühlen kann, nicht für den



Diarra

Schulabbruch verantwortlich gemacht und wegen Lernrückständen beschämt wird, sondern Hilfen bekommt.

„Als ehemaliger Kinderarbeiter, der den Lehrerberuf ergreifen konnte, war es einfacher für mich, Kinder vom Wert der Bildung zu überzeugen, ich konnte schon 44 in die Schule zurückbringen.“, berichtet Noumoutieba Diarra, der heute nicht nur Schulleiter seiner Grundschule, sondern auch Koordinator der Schulverantwortlichen für das Projekt in der ganzen Region wurde und seine Gewerkschaft SNEC vor Ort repräsentiert. ■

Bruni Römer

Fotos: Samuel Grumiau

# Der verpasste Frühling des Jahrhunderts

Zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution hat der in Saarbrücken lebende Sozialwissenschaftler und Autor Klaus Gietinger einen Band veröffentlicht, der sich kritisch mit der traditionellen Historiografie der deutschen Arbeiterbewegung und der Novemberrevolution auseinandersetzt.

Gietinger geht es in seinem Band vor allem um die verpassten Chancen der Revolution und um die Gründe für ein Scheitern umfassender Sozialisierung der Wirtschaft und der weitgehende Verzicht auf Basis-Demokratisierung von Militär, Verwaltung, Justiz, Polizei und Bildung. Gestützt auf eigene langjährige und intensive Studien meist unbekannter und ungenutzter Quellen und auf neueste Forschungen meist jüngerer Historiker kommt er zu einem differenzierteren Fazit des Scheiterns der Novemberrevolution.

Bereits in seiner Biografie des Reichswehrhauptmanns Waldemar Pabst, der für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nie zur Verantwortung gezogen wurde, hat Gietinger die Mitverantwortung der damaligen sozialdemokratischen Führungskräfte wie Ebert und Scheidemann und vor allem des Volksbeauftragten für Heer und Marine, Gustav Noske, herausgearbeitet.

Nach einem Vorwort von Karl Heinz Roth folgt ein Abriss zur Geschichte der Geschichte der Novemberrevolution und zum neuesten Forschungsstand. In den weiteren vier Kapiteln werden Vorgeschichte, Ablauf und Abschluss (Konterrevolution) der Novemberrevolution unter kritischer Einarbeitung der Ergebnisse der neuesten historischen Forschungen analysiert. Das letzte Kapitel bilanziert den vergessenen Frühling. Im Anhang werden ausführlich die verwendeten Quellen dokumentiert. Ein Personenregister erleichtert das Nachblättern.

Gietinger setzt sich mit simplen Verratstheesen („Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten“) kritisch auseinander, kommt aber zu dem Ergebnis, dass führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter den konterrevolutionären, antidemokratischen Kräften aus Angst vor der angeblich drohenden Bolschewisierung in die Hände gearbeitet hätten. Anstatt die kaiserlichen Militärstrukturen mit der Obersten Heeresleitung (OHL) zu zerschlagen und die von den Soldaten-Räten gebildeten

demokratischen Volksdivisionen zu unterstützen, hätten die ver(klein-)bürgerlichen SPD- und Gewerkschafts-Führungen auf die reaktionären alten Militärs und Freikorps gesetzt als auf ihre eigenen Anhänger. Bereits der Ebert-Groener-Geheimpakt und das Legien-Stinnes-Abkommen seien die Keimzellen einer verhängnisvollen Kooperation mit den reaktionären, antidemokratischen und kapitalistischen Kräften gewesen. Gietinger kritisiert die Führung der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD): „Sozialisierung war für sie eine leere Floskel, Parlamentarismus das einzige Ziel. Republikfeindliche Freikorps die Mittel. Innerhalb weniger Wochen waren die führenden Männer der Sozialdemokratie zur schlimmsten Gewaltanwendung bereit“ (S. 203).

Gleichzeitig macht Klaus Gietinger deutlich, dass die parteiungebundene Räte-Bewegung von unten auch an der Unkoordiniertheit der radikalisierten Arbeiter, an der Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD, USPD und KPD und an der indifferenten Haltung der USPD und an der „zu sehr revolutionären Gymnastik“ von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gescheitert sei. Gietinger kritisiert zu Recht auch die USPD, deren Sorglosigkeit und Politikversagen, indem sie sich aus den Machtpositionen hinausdrängen ließ und auch die Fehler von Karl Liebknecht und des Spartakusbundes, die ihre Massenwirksamkeit überschätzten, aber gleichzeitig eine Beteiligung an der Regierungsverantwortung ausschlugen. Was bleibt?: „Eine Revolution, die einen Weltkrieg beendete, parlamentarische Demokratie erkämpfte, die aber noch viel mehr im Köcher hatte. Die revolutionären Arbeitermassen wünschten eine neue Form von Demokratie, die nicht bloß parlamentarisch sein sollte, sondern auch den Kapitalismus und Militarismus abschaffen wollte, eine Demokratie »ganz neuen Typs« (S. 204/205).

Klaus Gietinger hat zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 ein wichtiges Buch geschrieben, das zum Nachdenken für die aktuelle politische Situation anregt und trotz oder wegen manch kratzbürstiger Zuspitzung in der politischen Einschätzung und Wertung sehr lesenswert ist. Vor allem erinnert es an fast vergessene, unerfüllte, revolutionäre demokratische Forderungen (Sozialisierung, Basisdemokratie) und mahnt uns zu erhöhter Wachsamkeit gegen Militarismus, Nationalismus, Rassismus und ausufernden Kapitalismus.



Klaus Gietinger (\*1955) ist Sozialwissenschaftler, Buchautor, Drehbuchautor und Filmregisseur. Sowohl mit Drehbuch als auch mit Regie war er verantwortlich für verschiedene Tatorte, Spiel- und Dokumentar- und Kinderfilme, zuletzt für «Mein Kampf - Programm eines Massenmörders» (2016), «Wie starb Benno Ohnesorg?» (2017) und «Lenchen Demuth und Karl Marx» (2018). In seinen zahlreichen Publikationen beschäftigte er sich auch intensiv mit der Novemberrevolution 1918/19 z. B. mit dem Band: »Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere« (2008). Gietinger lebt seit einigen Jahren in Saarbrücken. ■

Klaus Ludwig Helf

Klaus Gietinger: November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts  
Edition Nautilus Hamburg 2018, 272 Seiten  
ISBN: 978-3-96054-075-5  
Preis: 18 Euro.



Mit Direktbank und  
bundesweitem Filialnetz

## Für mich: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

<sup>2</sup> Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto.

<sup>3</sup> Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1</sup>

### Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung<sup>2</sup>
- Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard<sup>1 3</sup>

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:  
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bbbank.de/gew](http://www.bbbank.de/gew)



Vorteile für  
GEW-Mitglieder!



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst